Einzelpreis
0,80 Euro

Idee & Tat

Zeitschrift für die Leitungskräfte der Kolpingsfamilie

KOLPING
4/2005
92. Jahrgang

Themen

Zukunftskommission

Grundlagen

Rede des ZdK-Präsidenten Meyer

Jugend

Diskussion im BDKJ

G 7134 F Postvertriebsstück
Entgelt bezahlt

Liebe Führungskräfte im Kolpingwerk,

wir leben in schwierigen Zeiten. Die Politik weiß nach wie vor nicht so recht in welche Richtung das Schiff Deutschland zu steuern ist. Auffallend ist hier alleine, dass ihr im Wesentlichen nicht viel mehr einfällt als alte Klamotten wie Erhöhung der Steuern und Abgaben: Auf die Idee, mit weniger auszukommen und daher liebgewordene Privilegien zu hinterfragen, statt Haushaltslöcher mit neuem Geld zu stopfen, kommt sie nicht.

Auch wir im Kolpingwerk haben uns auf schwierige Zeiten einzustellen oder leben sie gerade durch. Weniger Mitglieder, verwaschenes Profil, weniger Finanzmittel. Die Reihe ließe sich fortsetzen. Auch für uns verbietet sich eine „weiter wie bisher" Mentalität.

In solchen Zeiten ist es angesagt, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Rückbesinnung auf die Wurzeln ist dabei der Ansatz, sich zu vergewissern, was zu tun ist. Wenn die „Nöte der Zeit" uns tatsächlich sagen, was zu tun ist, dann eröffnet sich der Blick auf das Wesentliche:

Wofür stehen wir,

was zeichnet uns aus,

an welchen Inhalten soll uns die Welt erkennen,

wofür treten wir ein?

Wer sind die heutigen Verlierer der wirtschaftlichen Umbrüche und wie können wir ihnen Heimat geben?

Lesen wir die Kolpingschriften, beantworten wir auf dieser Gedankengrundlage die aufgeworfenen Fragen, dann haben wir eine Prioritätenliste für unser zukünftiges Tun.

Der Bundeshauptausschuss hat mit der Zukunftskommission und der Neuausrichtung der Arbeit der Bundesfachausschüsse die Grundlagen dafür gelegt. Wir werden bald erkennen, dass wir auf kritische Verbandsfragen nicht mehr wie die Politik die alten Antworten geben können.

Der Mut zu einer problemgerechten Sichtweise sollte uns dabei auszeichnen und damit abheben von den „Lösungsvorschlägen" der Politik.

Euer Victor Feiler
Bundessekretär

Titelbild: Prof. Dr. Hans Joachim Meyer beim Vortrag auf dem Kolping-Bundeshauptausschuss am 5. November in Mainz. Foto: Wahl

Kolpingwerk fordert Abbau der Staatsverschuldung

Pressekonferenz in Mainz

Bevor die Delegierten am 4. November beim Bundeshauptausschuss in Mainz ankamen, konnten sie unterwegs bereits im SWR-Radio hören, was sie erwartete. An der Pressekonferenz am gleichen Tag nahmen u.a. das SWR-Fernsehen, die Deutsche Presseagentur (dpa), die Katholische Nachrichtenagentur (KNA) und die Mainzer Allgemeine Zeitung teil.

In der Nachrichtensendung „Rheinlandpfalz aktuell" wurde am gleichen Abend der Sendebeitrag über die Pressekonferenz im SWR-Fernsehen ausgestrahlt. Gegenüber den Journalisten äußerten der Bundesvorsitzende des Kolpingwerkes Deutschland, Thomas Dörflinger, und Bundessekretär Victor Feiler die Erwartungen des Kolpingwerkes an die kommende Bundesregierung. Bundespräses Msgr. Alois Schröder erläuterte die Erklärung „Erinnerung und Auftrag" anlässlich des 40. Jahrestages des 2. Vatikanischen Konzils. Toni Brunold stellte als Diözesanvorsitzender den gastgebenden Diözesanverband vor. Moderiert wurde das Gespräch mit den Journalisten von Martin Grünewald, Pressereferent des Kolpingwerkes.

Die Katholische Nachrichtenagentur (KNA) berichtete u.a.: „Einen Abbau der Staatsverschuldung hat das Kolpingwerk Deutschland von der künftigen Bundesregierung gefordert. Dabei müsse ein Abbau volkswirtschaftlich widersinniger Subventionen Vorrang haben vor einer Erhebung neuer Steuern und Abgaben, betonte der katholische Sozialverband am 4. November in Mainz. Er plädierte zugleich für eine verstärkte Steuerfinanzierung der Sozialsysteme.

Das Kolpingwerk forderte auch einen Überprüfungscheck für Reformgesetze. Zu fragen sei, ob ein Gesetz die Lage der Familie verbessere, zur Integration benachteiligter Bevölkerungsgruppen führe, alle gesellschaftlichen Gruppen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit einbinde und Eigeninitiative fördere.

Notwendig sei eine Politik, die den Verlierern wirtschaftlicher Umbrüche helfe. Solche Fortschrittsverlierer seien Menschen, die sich trotz Leistungs-, Flexibilitäts- und Mobilitätsbereitschaft nicht in die Arbeitswelt integrieren könnten."

Die Deutsche Presseagentur berichtete u.a.: „Der Bundessekretär des in Deutschland 270 000 Mitglieder starken Verbands forderte die Politik dazu auf, „alle Privilegien zu hinterfragen" und „volkswirtschaftlich widersinnige Subventionen abzubauen". Ferner sehe er die Gefahr einer Amerikanisierung des deutschen Arbeitsmarkts, sagte Feiler: „Es gibt auch hier zu Lande mittlerweile Menschen, die mehrere Jobs brauchen, um ihre Familien zu ernähren." Um die Last des Sozialsystems gerecht zu verteilen, forderte Feiler bei deren Finanzierung „weg von der Abgaben- und hin zur Steuerfinanzierung" zu gehen, bei der Besserverdienende mehr einzahlen müssten." *M. G.*

Weitere Berichte über den Bundeshauptausschuss des Kolpingwerkes auf den Seiten 4 bis 5, 12 bis 17 und 22 bis 23.

Im Oktober wurden vom Bundesverband folgende **Unterlagen für alle Kolpingsfamilien** an die jeweiligen Kassierer mit der Bitte um Weitergabe an den Vorstand versandt:

- Informatblatt **„KolpingFon"** - Telefonieren mit und für Kolping?
- Buchvorstellung **„Im Tod ist das Leben"**.
- Information des Generalpräses zum **140. Todestag Adolph Kolpings** am 4. Dezember 2005
- Information überr die **Abteilung Mitgliederservice und Verbandsfragen**

Inhalt

Themen

- **Mit Rückenwind Pläne umsetzen.** Arbeitsgruppen der Zukunftskommission stellten ihre Arbeit vor. 4-5
- **Sicher ist anders – die Rente.** Großbaustelle Rentensystem. 6-8
- **Markenzeichen XY.** Frauen und Männer im Kolpingwerk. Kolpingforum im Oktober 2006. 9
- **Familie – Lernort des Glaubens.** Es braucht gläubige Eltern, damit die Kinder glauben lernen. 10-11

Grundlagen

- **Was den Sozialstaat heute gefährdet**. ZdK-Präsident Hans Joachim Meyer beim Kolping-Bundeshauptausschuss. 12-17

Information

- **Das Bundessekretariat in der Übersicht.** 18
- **Informationen über das Bundessekretariat in Köln – Teil 4. Das Gedächtnis des Verbandes.** 19-20
- **Musterbrief für Vorstände an die Mitglieder. Argumente für die Umsetzung des Stiftungsbeitrages.** 21
- **Die innerverbandliche Kommunikation stärken.** 22
- **Neue Mitglieder in Bundesvorstand und Finanzausschuss.** 22
- **Die Zukunft gestalten – aus dem Geist des Konzils.** 23

Die Zahl der Rentner steigt, während die Zahl der Beitragszahler abnimmt. Deshalb müssen sich die Bürger zusätzlich privat absichern. Kolpingsfamilien können das Thema diskutieren.

Seite 6-8

Beim Bundeshauptausschuss in Mainz hat ZdK-Präsident Hans Joachim Meyer grundlegende Aussagen zum Zweiten Vatikanischen Konzil und zur Stellung der Laien in der Kirche gemacht. **Seite 12-17**

Idee und Tat sprach mit Knut Erbe, der zum Jahresende aus seinem Amt als BDKJ-Bundesvorsitzender ausscheidet, über die Zukunft der katholischen Jugendarbeit in Deutschland. **Seite 24-27**

Jugendarbeit

- **Amt und Verband zusammenführen.** BDKJ-Vorsitzender sieht Potential, die Strukturen zu verschlanken. 24-27

Aktion

- **Steinofenpizza und kräftiges Brot.** Gemeindebackhaus der Kolpingsfamilie Waldram eingeweiht. 28
- **Auf den Spuren des heiligen Bonifatius.** Radwallfahrten der Kolpingsfamilie Großenlüder. 28
- **Sakristeisupermarkt.** Kolping-Speisekammer in Wiesbaden-Biebrich. 29
- **Alles auf einem Blatt.** Initiative der Kolpingsfamilien in Osnabrück. 29

Portrait

- **Mit Leidenschaft dabei.** Kerstin Bockler hat als Landesleiterin der Kolpingjugend Bayern das Buch „Sternschnuppen für Gruppenleiter“ herausgegeben. 30-31

Praxis

- **Vorstände tragen Verantwortung.** Schulungsangebote helfen, Wissen zu erweitern. 32-33

Hintergedanken

- **Wir können nicht schweigen.** 34

FLASHLIGHT

Billiger telefonieren mit Kolping-Fon. Kunden der Deutschen Telekom können ab dem 15. November mit dem Kolping-Fon-Tarif deutlich günstiger telefonieren. Nach der einmaligen Anmeldung werden alle Telefonate automatisch zum günstigeren Tarif abgerechnet. Infos und Anmeldeformulare unter www.kolpingfon.de

Mit Rückenwind Pläne umsetzen

Arbeitsgruppen der Zukunftskommission stellten ihre Arbeit vor

Interessiert verfolgten die Delegierten beim Bundeshauptausschuss die Berichte der Zukunftskommission. Foto: Wullhorst

Drei Arbeitsgruppen und eine Steuerungsgruppe beschäftigen sich seit der Bundesversammlung in Osnabrück mit der Zukunft des Verbandes. Beim Bundeshauptausschuss in Mainz berichteten sie über ihre Arbeit.

Bis zur nächsten Bundesversammlung im Jahr 2008 soll die Kommission Wege aufzeigen, wie die Arbeit im Kolpingwerk und seinen Gliederungen nachhaltig abgesichert und weiterentwickelt werden kann. Hierbei sollen die Lebenssituation der Mitglieder und die Wirklichkeit in den Kolpingsfamilien in den Blick genommen werden. Die Betrachtung soll weniger „von oben nach unten", sondern von der Situation der Kolpingsfamilien an der verbandlichen Basis ausgehen. Im Sinne des Netzwerkgedankens sollen für die verbandliche Arbeit neue Kommunikationswege und -strukturen bedacht werden. Hintergrund der Einrichtung der Zukunftskommission mit diesen Leitzielen ist die über die Jahre gewachsene Einsicht, dass das Kolpingwerk um seiner Zukunftsfähigkeit willen verschiedenen gesellschaftlichen Herausforderungen offensiv begegnen muss:

– Es sind neue Zielgruppen in den Blick zu nehmen und für den Verband zu erschließen. Entsprechende Aktivitäten in den Kolpingsfamilien und Diözesanverbänden sollen gesammelt und für den gesamten Verband nutzbar gemacht werden.

– Beispiele gelungener Praxis sollten für die verbandliche Arbeit zugänglich gemacht werden.

– Das programmatische Profil soll auf der Basis des von der Bundesversammlung 2000 beschlossenen Leitbildes weiter geschärft werden.

– Die Aufgabenverteilung zwischen den verbandlichen Ebenen ist mit dem Ziel einer Neuverteilung und Aufgabenabgrenzung zu überprüfen.

– Die verbandlichen Gliederungen müssen stärker miteinander in Kontakt und Austausch gebracht werden.

Es geht nicht nur darum, Defizite abzubauen. Vielmehr müssen die vorhandenen Ressourcen und Stärken effektiver genutzt werden. Viele Aktivitäten im Kolpingwerk sind innerhalb des Verbandes zu wenig bekannt. Nicht immer muss das Rad neu erfunden werden, um auf allen Ebenen gute Arbeit zu leisten und neue Impulse zu erhalten.

Mit diesen Vorgaben fand am 8. April in Neuhof die Konstituierung der Zukunftskommission mit über 30 Mitgliedern statt, die von Diözesan-, Landes- und Regionalverbänden sowie aus den Reihen des Bundesvorstands benannt wurden. Bei der Breite der Aufgabenbeschreibung bestand die erste Schwierigkeit darin, eine geeignete Arbeitsweise zu finden. Es wurde vereinbart, nicht in der großen Kommission weiter zu arbeiten, sondern arbeitsteilig in drei Untergruppen vorzugehen. Die Arbeitsgruppen werden von einer „Doppelspitze" geleitet, die jeweils aus einem Kommissionsmitglied aus den Diözesan-, Landesverbänden und Regionen und einem Mitglied des Bundesvorstandes besteht. Die Geschäftsführung der Arbeitsgruppen wird durch Referenten des Bundessekretariats sichergestellt. Die Arbeitsgruppen haben ihre Arbeit im Frühjahr und Sommer 2005 aufgenommen.

AG Praktische Ansätze für Kolpingsfamilien

Leitung: Thomas Müller (DV Paderborn), Barbara Breher. Geschäftsführung: Otto M. Jacobs

In der Erwartungshaltung an diese Arbeitsgruppe fanden sich eine Fülle von Herausforderungen wie die Professionalisierung der Arbeit, die Existenzsicherung angesichts der Überalterung des Verbandes oder Reaktionen auf die Nöte der Zeit. Wege der Zusammenarbeit mit überörtlichen Gliederungen sollen ebenso in den Blick genommen werden wie neue Veranstaltungsformen.

Eine der Kernfragen ist die Rolle der Kolpingsfamilie als ein Ort der Integration von Fortschrittsverlierern („Nöte der Zeit") einerseits, die Befriedigung der Bedürfnisse der Mitglieder andererseits: geschlossener Zirkel oder Seismograph für die neue Soziale Frage?

Beim Bundeshauptausschuss trug der Arbeitsgruppenleiter Thomas Müller die bisherigen Überlegungen vor, wie diese Aufgaben bearbeitet werden können. Es könne, so Müller, nicht darum gehen, Patentrezepte für die Arbeit in den Kolpingsfamilien auszustellen, da deren Situationen und Rahmenbedingungen aufgrund der großen Bandbreite innerhalb des Kolpingwerkes Deutschland zu unterschiedlich seien. Die Arbeitsgruppe näherte sich ihrer Aufgabe ausgehend von drei Fragen an: Was berechtigt eine Kolpingsfamilie, sich Kolpingsfamilie zu nennen? Wie können Verantwortungsträger gewonnen und gestärkt werden? Wie gewinnt eine Kolpingsfamilie Pro-

fil? Diese Fragen seien aus der ersten Arbeitsgruppensitzung von den Mitgliedern als Hausaufgabe mitgenommen und bearbeitet worden, erklärte Thomas Müller. Das Ergebnis sei im Rahmen der zweiten Sitzung die Vereinbarung gewesen, sich der Instrumente des Qualitätsmanagements zu bedienen und für die Entwicklung der Arbeit in den Kolpingsfamilien orientierende Qualitätsmerkmale zu erarbeiten. Zur Erläuterung stellte Thomas Müller verschiedene Qualitäts-Dimensionen und ihre Anwendung auf das Kolpingwerk vor:

- Grundlagenqualität: Leitbild des Kolpingwerkes Deutschland
- Ergebnisqualität: das Kolpingwerk als Glaubens-, Bildungs-, Aktions- und Generationengemeinschaft
- Prozessqualität: Wie wird in den Kolpingsfamilien gearbeitet?
- Strukturqualität: Welche Struktur muss eine zukunftsfähige Kolpingsfamilie aufweisen?

Zum weiteren Vorgehen kündigte Thomas Müller an, dass die zu erarbeitende Qualitätsbeschreibung dem Bundesvorstand oder dem Bundeshauptausschuss vorgelegt werden solle. Im Anschluss gehe es an die Erstellung eines Rahmenkonzepts für Kolpingsfamilien, mit dem diese an ihrer Qualität arbeiten könnten.

AG Mitgliedschaftsfragen

Leitung: Wolfgang Vorwerk (Region Nord), Ulrich Vollmer. Geschäftsführung: Karl Michael Griffig.

Im Unterschied zur ersten Arbeitsgruppe stellte der Leiter der AG Mitgliedschaftsfragen, Wolfgang Vorwerk, kein konkretes Projekt vor. Er präsentierte vielmehr den von der Arbeitsgruppe bislang erarbeiteten Aufgabenkatalog. Eine zentrale Frage sei die nach dem Mehrwert einer Mitgliedschaft im Kolpingwerk: Welche materiellen und immateriellen Vorteile genießen die Mitglieder? Während früher die Mitgliedschaft im Kolpingwerk für verbesserte Chancen zur beruflichen Bildung und Entwicklung gestanden habe, liege ein solcher Vorteil heute nicht mehr auf der Hand, betonte Vorwerk. Es bedürfe aber solcher guter Gründe, Mitglied zu sein, um als Verband attraktiv zu wirken. Ähnliches gelte für das unerlässliche ehrenamtliche Engagement im Verband: Wie engagieren sich Mitglieder in der Kolpingsfamilie, ob im Vorstand oder an anderer Stelle? Wie sind die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement? Bezogen auf die Kolping-Mitglieder warf Wolfgang Vorwerk die Frage auf, welche Erwartungen das Kolpingwerk gegenüber ihnen habe. Diese Anforderungen an eine Mitgliedschaft seien gleichfalls zu überprüfen, inwiefern sie noch zeitgemäß seien. Von dieser Frage sei es kein weiter Weg zu Überlegungen nach alternativen Mitgliedschaftsformen: Sollen so genannte Kolping-Gemeinschaften als Mitgliedschaftsform (vor allem für Einzelmitglieder) etabliert werden?

Zu dieser Frage ist das Ziel der Arbeitsgruppe, zur Bundesversammlung 2008 nach eingehender Diskussion und Abwägung ein entscheidungsreifes Papier vorzulegen. Schließlich wolle sich die Arbeitsgruppe noch mit dem Profil des Kolpingwerkes beschäftigen: Wofür steht KOLPING? Wie werden der Verband und seine Mitglieder wahrgenommen? Wie wollen sie wahrgenommen werden? Gibt es ein verbindendes Thema für Mitglieder und verbandlichen Ebenen?

AG Innerverbandliche Kommunikation

Leitung: Wolfgang Aumüller (DV Limburg), Victor Feiler. Geschäftsführung: Victor Feiler

Für diese Arbeitsgruppe stellen sich ebenfalls unterschiedliche Fragen und Herausforderungen. Hierzu gehört die Definition der Aufgaben der verbandlichen Gliederungen und der Aufbau eines Kommunikationsnetzwerkes. Geplant ist die Einrichtung einer Informationsdatenbank und die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit.

Als beispielhaftes Projekt stellte Bundesvorstands- und Arbeitsgruppenmitglied Bernhard Mittermaier dem Bundeshauptausschuss die Planungen zu einer Informationsdatenbank vor. Bislang sei das Verständnis der thematischen Arbeit im Kolpingwerk vorrangig so gewesen, dass es eine Art Kommunikations-Einbahnstraße von oben nach unten gegeben habe.

Der Bundesverband versorgt die Diözesanverbände mit Informationen und Arbeitshilfen, die Diözesanverbände kümmern sich ihrerseits um die Kolpingsfamilien. Dies habe dazu geführt, dass in der Vergangenheit viele Dinge mehrfach geschehen seien. Schon aus finanziellen Gründen könne sich das Kolpingwerk eine solche Arbeitsweise künftig nicht mehr leisten, da die personellen und finanziellen Ressourcen nicht mehr zur Verfügung stünden. Daher sollen verstärkt die Vernetzungsmöglichkeiten genutzt werden, die neue Medien bieten. Inhaltliche und methodische Arbeitshilfen sollen in einer Datenbank im Internet aufbereitet und allen interessierten Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden. Dabei soll es keineswegs nur um hochprofessionelle Materialien gehen. Auch Handreichungen aus der Praxis der Kolpingsfamilien wie Bausteine für die Gestaltung des Kolpinggedenktages seien gefragt. Damit diese Datenbank Erfolg versprechend an den Start gehen könne, müsse sie, so Mittermaier, von Beginn an für die Nutzer attraktiv sein. Dies solle dadurch gewährleistet werden, dass sie technisch einfach in der Handhabung werden solle. Außerdem brauche die Datenbank einen Grundstock an Materialien, damit sie als hilfreiches Instrument wahrgenommen werde und die Nutzer zum Einstellen eigener Beiträge motiviere. Bernhard Mittermaier verband mit der Projektvorstellung den Aufruf an die Delegierten des Bundeshauptausschusses, auf Anfrage zur Erstausstattung der Datenbank beizutragen.

Steuerungsgruppe

In den drei Arbeitsgruppen wird die Arbeit unabhängig voneinander fortgesetzt. Die Verknüpfung der drei Arbeitsstränge der Zukunftskommission findet durch eine Steuerungsgruppe statt, die aus den Leitungen und Geschäftsführungen der Arbeitsgruppen sowie dem Bundesvorsitzenden Thomas Dörflinger besteht. Aufgabe der Steuerungsgruppe ist zudem die Kommunikation in den Verband hinein, insbesondere zu den Diözesanverbänden, die über keine unmittelbare Anbindung an die Arbeitsgruppen verfügen. Die Steuerungsgruppe ist berichtspflichtig gegenüber dem Bundeshauptausschuss und der Bundesversammlung 2008. In kürzeren Abständen wird der Bundesvorstand informiert und in die Arbeit einbezogen.

Zielperspektive

Abschließend wurde die Zielperspektive der Arbeit der Zukunftskommission noch einmal auf den Punkt gebracht. Es geht um die Erstellung eines abgestimmten Rahmenkonzeptes zur Stärkung der Mitgliederzufriedenheit, der Kolpingsfamilien, der verbandlichen Kommunikation unter Berücksichtigung der verbandlichen Zielsetzung (Leitbild) und der äußeren (gesellschaftspolitischen/kirchlichen) Rahmenbedingungen. Die übergeordnete Zielperspektive wurde vom Bundeshauptausschuss zustimmend zur Kenntnis genommen. Mit diesem Rückenwind und dem Bewusstsein, einen für das Kolpingwerk Deutschland gangbaren und zielführenden Weg eingeschlagen zu haben, können sich die Mitglieder der Zukunftskommission an die Umsetzung ihrer ambitionierten Planungen machen.

Hubert Wissing

Sicher ist anders – die Rente

Großbaustelle Rentensystem

Die Gesellschaft altert. Steigende Lebenserwartung und eine sinkende Geburtenrate führen dazu, dass die Zahl der Rentner steigt, während die Anzahl der Beitragszahler weiter abnimmt. Der Generationenvertrag gerät ins Wanken, und die Bürger müssen sich zusätzlich zur staatlichen Rente privat absichern. Manfred Kostka, Vorsitzender des Bundesfachausschusses I „Zukunft der Arbeitswelt" ruft dazu auf, sich in den Kolpingsfamilien mit den drängenden Fragen auseinanderzusetzen.

„Alten Menschen in Deutschland geht es zumeist nicht schlecht. Renten und Pensionen sichern ein angemessenes Auskommen im Ruhestand. Aber die Zweifel nehmen zu, nicht zuletzt unter den Senioren, ob das Niveau der Alterssicherung in Zukunft Bestand haben wird. Auch die heute noch Berufstätigen sind beunruhigt. Sie fürchten, im Alter Opfer ihrer großen Zahl zu werden." Diese Feststellung ist einem in der Fachzeitschrift „Soziale Sicherheit" (Ausgabe 6/1994, Seite 212) veröffentlichten Artikel zu entnehmen. Sie war schon damals, zumindest in Fachkreisen, nicht neu; die sich hieraus ergebenden Konsequenzen werden allerdings bis heute von breiten Bevölkerungsschichten verdrängt nach dem Motto: Es ist letztendlich immer gut gegangen, es wird auch in Zukunft gut gehen!

Bereitschaft zu schmerzhaften Konsequenzen

Es wird nicht! Denn die Rahmenbedingungen in den sozialen Systemen haben sich grundlegend verändert und werden es in Zukunft weiter und verstärkt tun. Natürlich treten, wie in solchen Situationen üblich, die großen Vereinfacher auf den Plan, die schnell die Schuldigen ermittelt haben: Die Alten, die Jungen, der Osten, der Westen, die Arbeitslosen, die Arbeitgeber, die Arbeitnehmer, die Linken, die Rechten, oder die Ausländer.

Das alles ist mit Kolping nicht zu machen! Nicht die Suche nach angeblichen Schuldigen tut Not, sondern eine saubere Analyse und die Bereitschaft aus deren Ergebnissen die Konsequenzen zu ziehen, auch wenn sie für uns schmerzhaft sein sollten.

Halten wir uns vor Augen: Seit den Anfängen vor mehr als 100 Jahren haben sich die Leistungen der Rentenversicherung von einem bloßen Zuschuss zum allgemeinen Lebensbedarf zu einer Lebensstandardsicherung entwickelt. Von grundlegender Bedeutung auf diesem Weg war die Rentenreform 1957, mit der die Rentenversicherung zu einem auf dem Gedanken des Generationenvertrages bestehenden lohn- und beitragsbezogenen Versicherungssystem ausgebaut wurde. Kernstück der Reform war die Einführung der dynamischen Rente, wonach die individuell auf der Basis des sozialversicherungspflichtigen Entgeltes ermittelte Rente entsprechend der Einkommensentwicklung jährlich angepasst wird. Dadurch soll nicht nur der nach einem erfüllten Arbeitsleben im Durchschnitt erreichte Lebensstandard aufrecht erhalten, sondern der Rentner auch am Produktionsfortschritt und am laufenden Einkommenszuwachs der aktiven Arbeitnehmer beteiligt werden.

Seit der Rentenreform des Jahres 1957 hat sich nicht nur die einzelne Rente erhöht, auch die Anzahl der Renten hat erheblich zugenommen. Sie stieg in der

Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten) von 7,2 Millionen im Jahr 1960 auf 23,97 Millionen Ende 2003. Dies hat – über die Rentendynamik hinaus – zu einem Anstieg der Rentenausgaben in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten von 14,2 Milliarden DM im Jahr 1960 auf 207,75 Milliarden Euro im Jahr 2003 geführt.

Die Versichertenrenten haben Lohnersatzfunktion. Sie treten also an die Stelle des aufgrund des Versicherungsfalles „Alter“ oder „Erwerbsminderung“ nicht mehr bezogenen versicherten Entgelts. Die Hinterbliebenenrenten haben Unterhaltsersatzfunktion, das bedeutet, sie treten an die Stelle des vom Verstorbenen erbrachten Unterhalts. Diesen Ersatzfunktionen der Renten entspricht es, dass sich ihre Höhe nicht am Geldwert des gezahlten Beitrags, sondern an der Höhe der durch Beiträge versicherten Arbeitentgelte und -einkommen orientiert. Die Rente ist daher nicht nur beitragsbezogen, sondern auch lohnbezogen im eigentlichen Sinne des Wortes, denn sie folgt bei der Festsetzung und Anpassung der Entwicklung der Löhne.

Die Leistungen der Rentenversicherung finanzieren sich im Umlageverfahren, das heißt: Die Aufwendungen der gesetzlichen Rentenversicherung werden aus den aktuellen Einnahmen bestritten. Wie die Rentner in ihrem Arbeitsleben für die Renten ihrer Elterngeneration aufkamen, werden ihre Renten von den heute Erwerbstätigen finanziert. Dafür erhalten diese einen Anspruch auf ihre späteren Renten, die dann von der jetzt von ihnen unterhaltenen Generation finanziert werden, sobald diese im Erwerbsleben steht und Beiträge zahlt. So sind Alt und Jung im Generationenvertrag verbunden.

Vorruhestand belastet das Rentensystem

Die Altersrenten werden immer früher in Anspruch genommen. Die seit Jahrzehnten in Deutschland praktizierte Frühverrentung hat sich nicht nur als arbeitsmarktpolitisch wirkungslos erwiesen, sondern gleichzeitig die sozialen Sicherungssysteme, allen voran die die gesetzliche Rentenversicherung, erheblich belastet. Denn die Frühverrentung führt einerseits zu einer Verschiebung der Balance zwischen Beitragszahlern und Leistungsbeziehern. Andererseits werden der gesetzlichen Rentenversicherung ausgerechnet diejenigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entzogen, die aufgrund ihres Alters häufig mehr verdienen und damit auch höhere Beiträge entrichten.

In Zukunft 91 Rentner auf 100 Beitragszahler?

Die steigende Lebenserwartung einerseits sowie die sinkende Geburtenhäufigkeit andererseits führen langfristig zu gravierenden Änderungen im Altersaufbau der deutschen Bevölkerung. Für die Rentenversicherung hat dies zur Folge, dass der Rentneranteil pro Beitragszahler steigt. Kommen heute auf 48 Rentner etwa 100 Beitragszahler, würde sich nach den Modellrechnungen bis zu Jahre 2030 bei gleich bleibenden Verhältnissen ein Verhältnis von 91 Rentnern auf 100 Beitragszahler ergeben.

Den sich ändernden Rahmenbedingungen des Generationenvertrages hat der Gesetzgeber mit einer Reihe von Reformschritten

Standardrentner

Der Standardrentner ist ein „gedachter“ Versicherter, der insgesamt 45 Versicherungsjahre auf seinem Rentenkonto verbuchen wird, seine Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung immer auf der Basis des Durchschnittseinkommens entrichtet und mit 65 Jahren in den Ruhestand tritt.

Rechnung zu tragen versucht, die sich an dem Begriff der „Beitragssatzstabilität“ orientierten und Versicherte und Rentner belasteten (Übersicht auf Seite 8).

Sicherheit im Alter – das wünscht sich jeder. Doch der Staat kann diese Sicherheit nicht mehr garantieren. Das in den nächsten Jahrzehnten immer problematischere Verhältnis zwischen jungen Menschen, die Beiträge zahlen, und alten Menschen, die Renten beziehen, zwingt heute zum Handeln.

Die gesetzlichen Renten, aber auch die Beamtenpensionen, werden zurückgeführt, damit sie auch in Zukunft finanziert werden können. Dafür werden private und betriebliche Renten ausgebaut, damit die Versorgung im Alter ausreicht.

Die Altersrenten werden immer früher in Anspruch genommen. Das System der Frühverrentung war arbeitsmarktpolitisch wirkungslos; zudem hat es die gesetzliche Rentenversicherung erheblich belastet.

Die staatliche Rente reicht in Zukunft nicht mehr aus

Der Umbau der Alterssicherung ist eine Großaufgabe, die nicht in einem Schritt gelingen kann. Die Rentenreformen der letzten Jahre haben das gezeigt. Gemessen am so genannten „Nettorentenniveau“ für Neurentner, wird die Versorgung eines Standardrentners aus der gesetzlichen Rentenversicherung von heute etwa 67 Prozent auf langfristig unter 50 Prozent sinken. Das heißt, der so genannte Standardrentner (Erläuterung im Kasten) wird in seinem ersten Rentenjahr nur über rund die Hälfte seines letzten Nettoeinkommens verfügen können. Die gesetzliche Rentenversicherung allein kann eine Sicherung des Lebensstandards nicht mehr leisten.

Die künftige Altersvorsorge orientiert sich europaweit an einem Drei-Säulen, -Schichten oder -Stufen-Modell: 1. Gesetzliche Rentenversicherung als Basisversorgung, 2. Betriebliche Altersvorsorge, 3. Private Altersvorsorge.

Setzt Euch in den Kolpingsfamilien und -bezirken mit den drängenden Fragen der künftigen Alterssicherung auseinander. Lasst Fachleute die komplizierte Materie erläutern. Ladet dazu auch Interessierte aus Eurer Kirchengemeinde ein, namentlich die Generation unserer Kinder und Enkel, denn sie werden vornehmlich die Lasten zu tragen haben. Macht den Sozialverband Kolping erlebbar.

Manfred Kostka
Vorsitzender des Bundesfachausschusses I „Zukunft der Arbeitswelt“

Reformschritte

Belastungen der Rentnerinnen und Rentner, Versicherten und der Versichertengemeinschaft durch Renten-Reformgesetze

2000

- Absenkung der Bemessungsgrundlage für die Beiträge von Wehr- und Zivildienstleistenden von 80 Prozent auf 60 Prozent der monatlichen Bezugsgröße.
- Absenkung der Bemessungsgrundlage für die Beiträge von Arbeitslosenhilfeempfängern von 80 Prozent des zugrunde liegenden Arbeitsentgelts auf die gezahlte Arbeitslosenhilfe.
- Rentenanpassung in Höhe der Inflationsrate von 0,6 Prozent.

2001

- Schrittweise Anhebung der Altersgrenze bei der Altersrente für schwerbehinderte Menschen auf 63 Jahre.
- Schrittweise Einführung von Abschlägen und Verlängerung der Zurechnungszeit bei Erwerbsminderungsrenten mit Rentenbeginn vor 63 Jahren.
- Schrittweise Einführung von Abschlägen bei Witwen- und Witwerrenten bei vorzeitigem Tod des Versicherten.

2002

- Kürzungen der großen Witwen- und Witwerrenten durch Senkung des Ableitungssatzes um 5 Prozent auf 55 Prozent der Versichertenrente und durch Ausdehnung der Einkommensanrechnung.
- Langfristige Senkung des Rentenniveaus auf 67 Prozent bei gleich zeitiger Förderung der privaten Altersvorsorge zu Lasten der Beschäftigten.
- Faktische Abschaffung der arbeitgeberfinanzierten betrieblichen Altersvorsorge durch Förderung der Entgeltumwandlung.
- Minderung der Schwankungsreserve auf 80 Prozent einer monatlichen Ausgabe.

2003

- Minderung der Schwankungsreserve auf 50 Prozent einer monatlichen Ausgabe.
- Anhebung des Beitragssatzes auf 19,5 Prozent.
- Erstmalige Kürzung der Rentenanpassung durch den Altersvorsorgeanteil zur privaten Altersvorsorge.

2004

- Ausdehnung der sozialversicherungsfreien Minijobs auf 400 Euro und Schaffung einer Gleitzone für Niedriglohn-Beschäftigungen von 400 bis 800 Euro.
- Einschränkungen des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenversicherung durch das GKV-Modernisierungsgesetz (Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung).
- Erhöhung der Arzneimittelzuzahlungen und Abschaffung der vollständigen Beifreiung von der Zuzahlungspflicht.
- Belastung der Betriebsrenten mit dem vollen Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung.
- Belastung der gesetzlichen Renten mit dem vollen Beitragssatz zur Pflegeversicherung.
- Verschiebung des Auszahlungstermins für Neurenten auf das Monatsende.
- Aussetzung der Rentenanpassung.

2005

- Absenkung der Schwankungsreserve auf 20 Prozent einer Monatsausgabe.
- Einführung eines Beitragssatzes für Kinderlose in der Pflegeversicherung.
- Absenkung der Bemessungsgrundlage für ehemalige Arbeitslosenhilfeempfänger von der gezahlten Arbeitslosenhilfe auf 400 Euro durch Einführung des SGB II.
- Schrittweise Absenkung der bewerteten Anrechnungszeiten für Schul- und Hochschulausbildung.
- Zweite Nullrunde in Folge.
- Einführung des zusätzlichen Beitrages zur gesetzlichen Krankenversicherung für Zahnersatz und Krankengeld.
- Einführung der schrittweise nachgelagerten Besteuerung für Renten.

ab 2006

- Anhebung des Mindest-Eigenbeitrages für die geförderte private Altersvorsorge auf 4 Prozent des rentenversicherungspflichtigen Vorjahreseinkommens ab 2008.
- Endgültiger Wegfall der bewerteten Anrechnungszeiten für Schul- und Hochschulausbildung ab 2009.
- Absenkung des Rentenniveaus von derzeit ungefähr 70 Prozent auf etwa 52 Prozent für Neurentner im Jahr 2030.
- Zunehmende Besteuerung der Renten bis zur Vollbesteuerung im Jahr 2040.

Markenzeichen XY

Frauen und Männer im Kolpingwerk
Kolpingforum vom 13. bis 15. Oktober 2006

Im kommenden Jahr ist es 40 Jahre her, dass Frauen Mitglied im Kolpingwerk werden können. Diesen Jahrestag nimmt der Bundesverband zum Anlass, in einer besonderen Veranstaltung die geschlechterübergreifende Arbeit im Verband zu reflektieren und Konsequenzen für die zukünftige Entwicklung aufzuzeigen. Angesprochen werden verantwortliche Frauen und Männer aus allen verbandlichen Ebenen, die ihre Erfahrungen austauschen, in Workshops Themen bearbeiten und danach mit neuer Motivation an die Arbeit gehen.

Das Kolpingwerk veranstaltet dazu vom 13. bis 15. Oktober 2006 ein Forum (Marktplatz, Austausch, Begegnung) im Katholisch Sozialen Institut (KSI) in Bad Honnef. Erwartet werden 120 Teilnehmer und etwa 15 Mitwirkende und Vorbereitende aus allen Bereichen des Kolpingwerkes, die auf der jeweiligen Ebene Verantwortung in Vorständen oder Ausschüssen übernommen haben.

Das Motto der Veranstaltung lautet: „Markenzeichen XY – Frauen und Männer im Kolpingwerk".

Nach der Begrüßung und einer Einstiegsrunde mit der Möglichkeit, sich kennen zu lernen, bildet der Samstag den Schwerpunkt der inhaltlichen Arbeit. Dazu werden neun Workshops jeweils am Vormittag und am Nachmittag angeboten, so dass die Teilnehmer in zwei Workshops mitarbeiten können.

Themen und Referenten

Die Zukunft hat schon begonnen – und wir gestalten sie mit. Referentin: Dr. Ulrike Buschmeier, Initiative Zukunft im KSI, Bad Honnef.

Gender und Gender Mainstreaming – als Chance für das Kolpingwerk. Referentin: Claudia Wallner, Erziehungswissenschaftlerin, Münster.

Frauen in Leitungspositionen – Erfahrungen aus Politik und Verband. Referentin: Dorothee Diehl, CDA-Landesvorstand Hessen, Maintal.

„Das haben wir doch schon immer so gemacht!"... Zusammenarbeit von Frauen und Männern im Verband. Referenten: Sabine Leineweber-Hamm, Lippetal-Ostinghausen (angefragt) Martin Rose, Hennef (stellvertretender Vorsitzender, DV Köln).

„Männer kriegen keine Kinder, Männer kriegen dünnes Haar" – Rollenbilder. Referent: Martin Weimer, Fachbereichsleiter Familienbildung, DV Paderborn.

Frauenleben/Männerleben – allein oder mit anderen? Referentin: Heike Lipinski, Familienwissenschaftliche Forschungsstelle des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart (angefragt).

„Hauptsache Arbeit"? – Work-Life-Balance als Thema für Frau und Mann. Referent: Dr. Thomas Gesterkamp, Journalist und Buchautor, Köln.

Frauen glauben anders – glauben Männer etwas? Referenten: Dr. Hildegard Keul, Arbeitsstelle Frauenseelsorge, Bonn/Dr. Andreas Ruffing, Arbeitsstelle Männerseelsorge, Fulda.

Geteilte Seelsorge – doppelter Gewinn. Referenten: Ursula Hüllen, Seelsorgerin und Heinrich Plaßmann, Seelsorger im Kolpingwerk Diözesanverband Münster.

Am Samstagabend tritt der Kabarettist Otmar Traber auf, der in seinem Programm „Midlife Riesen" sehr gekonnt Fragen von Lebensalter, Beziehung, Sinnkrise und Zeitgeistphänomenen verquickt.

Der Sonntag schließt nach dem Gottesdienst mit einem Abschlusspodium und einer Kundgebung, zu der verantwortliche Frauen und Männer aus Kirche, Verbänden und Politik eingeladen werden.

Die Ausschreibung erfolgt Anfang 2006, aber der Termin kann schon jetzt vorgemerkt werden, wenn das Programm Interesse und Neugier geweckt hat.

Familie – Lernort des Glaubens

Es braucht gläubige Eltern, damit die Kinder glauben lernen

Familie ist ein vortrefflicher und auch unverzichtbarer Ort der Menschwerdung des Menschen. Das leuchtet vielen ein. Aber dass die Familie in gleichem Maße auch ein Ort der Christwerdung und der religiösen Prägung von Menschen ist und sein sollte, das ist vielen Zeitgenossen fremd geworden. Wen wundert das, wenn Religion immer weniger vorkommt im privaten und öffentlichen Bereich; wenn der „Glaube verdunstet“ und sich religiöse Milieus und Traditionen mehr und mehr auflösen? Mag Religion als eine rein innere oder emotionale Angelegenheit eines Einzelnen noch irgendwie vorhanden sein, so stellt sich doch die Gretchenfrage nach dem Was und Wie von Religion als einer ganz persönlichen Entscheidung gegenüber Gott. Dazu braucht es Orte, wo Religion Gestalt annimmt, wo sie im menschlichen Leben und Zusammenleben von Bedeutung ist.

Christliche Eltern stehen im Wort. Sie haben bei der Trauung versprochen, ihre Kinder im Geiste Christi und seiner Kirche zu erziehen. **Foto: KNA**

Familie als Hauskirche

Ein solcher Ort sollte an erster Stelle die Familie sein. Hier entscheidet sich, ob Menschen eine religiöse Grundausstattung bekommen und zu Christen heranwachsen können. Es liegt im Wesen und Auftrag einer christlichen Familie, dass Kinder religiös erzogen werden. So nimmt sie, die christliche Familie, am Sendungsauftrag der Kirche teil. Nicht von ungefähr wird sie bereits gegen Ende des 4. Jahrhunderts eine „Kirche“ genannt (heiliger Johannes Chrysostomus). In neuzeitlichen Dokumenten ist die Rede von einer Art „Hauskirche“, in der die Eltern durch Wort und Beispiel für ihre Kinder die ersten Glaubensboten sein sollen (vergleiche II. Vatikanisches Konzil, Kirchenkonstitution 11). Oder: „Kirche im Kleinen“ (Papst Johannes Paul der II., Familiaris Consortio 49, 1981).

Der Autor: Msgr. Alois Schröder, Bundespräses.

Wo Christen zusammenleben, wo sie Glauben und Leben teilen, da gilt die Zusage Jesu: „Wo zwei oder drei in meinem Namen versammelt sind, da bin ich mitten unter ihnen“ (Mt 18,20).

Seit der Taufe hat Jesus in uns Christen Wohnung genommen. Er lebt in uns. Wir sind seine konkrete Verkörperung, seine Inkarnation. Und zugleich sind wir durch die Taufe der Kirche, dem Leibe Christi, eingegliedert worden. Niemand kann zu Christus gehören, wenn er nicht auch zur Kirche gehören will. Die Taufe ist also das Ursprungsdatum für unser Christsein und für unsere Zugehörigkeit zur Kirche Jesu. Dieses erste und grundlegende Sakrament aber will sich in einem lebenslangen Prozess bei jedem von uns entfalten und zur Reife kommen. Es heißt: Christ, werde, was du bist! Werde immer mehr Christ, immer mehr Christus ähnlich! Der Apostel Paulus beschreibt als Realität und Ziel: „...nicht mehr ich lebe, sondern Christus lebt in mir“ (Gal 2,20). Das ist der Auftrag und die Zielvorgabe, die sich aus unserem Getauftsein ergeben.

Religiöse Erziehung als Auftrag

Es braucht nicht nur getaufte, sondern auch gläubige Eltern, damit die Kinder glauben lernen. Christliche Eltern stehen im Wort, zumal wenn sie bei ihrer Trauung versprochen haben, ihre Kinder im Geiste Christi und seiner Kirche zu erziehen; oder wenn sie bei der Taufe ihres Kindes die Bereitschaft bekundet haben, es im Glauben zu erziehen, damit es Gott und den Nächsten lieben lernen kann, wie es Christus vorgelebt hat.

Erziehung, gerade auch religiöse Erziehung, erfordert auf Seiten der Eltern Wissen und Überzeugung. Es geht hier um die Vermittlung von Inhalten und sittli-

chen Wertvorstellungen des christlichen Glaubens; um die Einführung in die Welt des Glaubens und der Kirche; um die Einübung des Betens; um die Feier und die Mitfeier der Sonn- und kirchlichen Feiertage; um das Erleben religiöser und christlicher Sitten und Bräuche. Und dazu braucht es bei den Eltern neben einem begründeten Glaubenswissen vor allem auch ihr persönliches Vorbild und Vorleben. „Die Eltern sind das lebendige Buch, wonach die Kinder sollen und müssen erzogen werden“ (Adolph Kolping)!

Familie als Schule des Glaubens

Soll der Glaube in seiner Wahrheit und Bedeutung für das Leben einleuchten, dann muss er im Leben und Verhalten der Glaubenden aufleuchten! Er muss greifbare Gestalt annehmen, damit er begriffen werden kann. Das gilt allemal in der Familie mit Kleinkindern und Heranwachsenden. Es geht um die soziale Erfahrbarkeit des Glaubens; etwa durch die Atmosphäre und den Geist im familiären Zusammenleben; durch geschwisterliche Zuneigung und Liebe; durch das Erleben von Gemeinschaft in guten und in schlechten Zeiten; durch die Erfahrung von Geborgenheit, Nähe und Vertrauen; durch gelebte Treue und Verlässlichkeit, Solidarität und Nächstenliebe; nicht zuletzt durch die Bereitschaft zu Vergebung und Versöhnung.

Diese menschlichen Grunderfahrungen sind unerlässliche Grundbedingungen dafür, dass religiöse Erziehung ankommen kann im Leben und Denken junger Menschen und dass der Glaube einen Sitz in ihrem Leben bekommt. Der Glaube der Kinder will und soll sich aber auch entzünden an der religiösen Praxis der Eltern, an ihrem Vollzug des Glaubens. Dazu gehört das verbale Bekenntnis, das Vermitteln von Glaubenswahrheiten und christlichen Wertvorstellungen; das Erzählen über eigene Glaubenserfahrungen, sowohl was die Freude als auch die Probleme im Glauben angeht. Eltern sind die ersten Glaubenszeugen für ihre Kinder. Und dieses Zeugnis wird immer mehr zu einem dialogischen Geschehen werden müssen, in dem die Kinder nicht lediglich Adressaten, sondern vielmehr selbst Zeugen des Glaubens werden.

Glaube als Mehrwert

Damit religiöse Erziehung auch glaubwürdig wird, darf die religiöse Praxis der Eltern nicht fehlen. Orthodoxie braucht zu ihrer Echtheit die Orthopraxie. Glaube und Leben, Lehre und Handeln müssen miteinander übereinstimmen. Dazu gehören: Gebet; Stillwerden vor Gott; Umgang mit der Bibel; Leben mit der Gemeinde; Mitfeier der kirchlichen Liturgie, besonders der Eucharistie; Pflege religiösen Brauchtums, religiöser Zeichen und Symbole in der Familie. Der Glaube entwickelt seine ganze Kraft und Fülle, wenn er erzählt, gelebt und gefeiert wird. So kann er auch einen Mehrwert an Lebensfreude und Lebensqualität, an Halt und Hilfe im menschlichen Leben und Zusammenleben erzeugen, allemal in der Familie. Wie recht Adolph Kolping doch hat, wenn er sagt: „Nehmt die Religion aus dem Familienleben und ihr versetzt ihm den Todesstoß!“

Eltern als Lernende des Glaubens

Nicht wenige Eltern fühlen sich heute in der Erziehungsarbeit überfordert. Wenn es um die religiöse Erziehung von Kindern geht, könnte man vielfach von einem Notstand größeren Ausmaßes sprechen. Da fehlt es oftmals am nötigen Glaubenswissen, an hinreichender Glaubenssubstanz, an Sensibilität für religiöse Fragestellungen; an der Fähigkeit, sich religiös zu artikulieren und die Liturgie der Kirche bewusst und aktiv mitzufeiern. Da fehlt es zu sehr an kirchlicher Bindung und an Engagement in der Gemeinde oder in einer Gruppe. Hinzu kommt die Verunsicherung angesichts einer zunehmend säkularisierten Umwelt und heterogenen Erziehungslandschaft.

Es muss das Ziel pastoraler Arbeit und auch der verbandlichen Bildungsangebote sein, Eltern in ihrer Erziehungsarbeit zu begleiten und zu unterstützen; sie auch für die religiöse Erziehung ihrer Kinder zu gewinnen und zu befähigen. Hier sind neben anderen Einrichtungen auch das Kolpingwerk und die Kolpingsfamilien gefragt und gefordert. Bereits gelungene Initiativen sollten fortgeführt und neue in Gang gebracht werden wie Kreise junger Eltern und Familien; Glaubensseminare für Eltern; gemeinsame Wochenenden für Eltern mit Kindern, auch und gerade für Alleinerziehende; Beratung und Begleitung durch Seelsorger und Seelsorgerinnen sowie einladende Familiengottesdienste. Jede Hilfestellung für Eltern mit Kindern ist eine Investition in die Zukunft, auch in die Zukunft unserer Kirche und unseres Kolpingwerkes! „Helft eine bessere Zukunft schaffen, indem ihr sie erziehen helft“ (Adolph Kolping)!

Msgr. Alois Schröder
Bundespräses

Der gelebte Glaube der Eltern kann auch die Kinder begeistern. Foto: Bilderbox.com

Was den Sozialstaat heute gefährdet

ZdK-Präsident Hans Joachim Meyer beim Kolping-Bundeshauptausschuss

In seinem Referat beim Bundeshauptausschuss hat ZdK-Präsident Hans Joachim Meyer am 5. November grundlegende Aussagen zum Zweiten Vatikanischen Konzil und zur Stellung der Laien in der Kirche gemacht sowie auf Gefahren für den Sozialstaat hingewiesen.

Wir dokumentieren sein Redemanuskript mit geringen Kürzungen. Der vollständige Text kann im Internet unter www.kolping.de heruntergeladen werden.

Professor Dr. Hans Joachim Meyer beim Bundeshauptausschuss des Kolpingwerkes.

In diesem Jahr begehen wir ein doppeltes Jubiläum – das vierzigjährige Jubiläum des II. Vatikanischen Konzils, das im Jahre 1965 abgeschlossen wurde, und das dreißigjährige Jubiläum der beiden deutschen Synoden, die dieses Konzil für unsere Ortskirchen konkret umsetzten – der Gemeinsamen Synode der Bistümer der Bundesrepublik in Würzburg und der Pastoralsynode der Jurisdiktionsbezirke in der DDR in Dresden, die beide 1975 zu Ende gingen.

Das II. Vatikanische Konzil hat bekanntlich das Wesen der Kirche und ihr Selbstverständnis in zwei großen Texten beschrieben – in der dogmatischen Konstitution über die Kirche Lumen Gentium und in der pastoralen Konstitution über die Kirche in der Welt von heute Gaudium et Spes. Mit diesen beiden Texten sollten wir daher unsere Überlegungen beginnen.

Lumen Gentium verweist auf die Fülle der biblischen Bilder für das Wesen der Kirche wie die Pflanzung Gottes, sein Acker, sein Weingarten, sein Bauwerk. Andere Bilder betonen das Moment der Gemeinschaft wie das Bild vom Schafstall oder das vom neuen Jerusalem. Als Ausgangspunkt seiner eigenen Gedankenführung hat das Konzil jedoch das Bild vom Volk Gottes gewählt. Den zum Konzil versammelten Bischöfen erschien dieses Bild also in besonderer Weise geeignet, das Wesen und die innere Verfassung der Kirche zu beschreiben.

So hat denn auch das Wort vom Volke Gottes große Erwartungen geweckt, nicht zuletzt in bezug auf die Geschwisterlichkeit der Kirche. Freilich hat diese Geschwisterlichkeit ihren Grund darin, dass es Gott ist, der sich dieses Volk schafft, denn es kommt auf seinen Ruf hin zusammen. Es ist also eine Gemeinschaft, die sich nicht selbst konstituiert, sondern die ihre Grundlage in Gottes Wahrheit und in Gottes Gebot hat. ...

Taufe begründet das allgemeine Priestertum

In Lumen Gentium hat jedenfalls das II. Vatikanum im Gegensatz zum I. Vatikanum das gemeinsame Priestertum, das alle Christgläubigen durch Taufe und Sendung vereint, vor die hierarchische Gliederung der Kirche gestellt. Auf dieser Grundlage beschreibt dann das Konzil den sakramentalen Dienst der Bischöfe, Priester und Diakone am Volke Gottes als eine besondere Aufgabe mit eigenem Charakter. Aus dem gemeinsamen Priestertum ergibt sich das Recht und die Pflicht der Laien, in Zusammenwirken mit den Bischöfen und Priestern und unter deren Verantwortung an der Gestaltung des kirchlichen Lebens mitzuwirken. Als eine spezifische Aufgabe der Laien, die sich unmittelbar aus ihrer Taufe und Firmung und nicht aus einem hierarchischen Auftrag ergibt, beschreibt Lumen Gentium, „die Kirche an jenen Stellen und in den Verhältnissen anwesend und wirksam zu machen, wo die Kirche nur durch sie das Salz der Erde sein kann“.

Dieser besondere Auftrag der Laien zum Zeugnis in der Welt wird dann vor allem im Konzilsbeschluss „Gaudium et Spes“ im Einzelnen begründet und ausgeführt. ... So heißt es in Gaudium et Spes: „Wenn wir unter Autonomie der irdischen Wirklichkeiten verstehen, dass die geschaffenen Dinge und auch die Gesellschaften ihre eigenen Gesetze und Werte haben, die der Mensch schrittweise erkennen, gebrauchen und gestalten muss, dann ist es durchaus berechtigt, diese Autonomie zu fordern. Das ist nicht nur eine Forderung der Menschen unserer Zeit, sondern entspricht auch dem Willen des Schöpfers. Durch ihr Geschaffensein selber nämlich haben alle Einzelwirklichkeiten ihren festen Eigenstand, ihre eigene Wahrheit, ihre eigene Gutheit sowie ihre Eigengesetzlichkeit und ihre eigenen Ordnungen, die der Mensch unter Anerkennung der den einzelnen Wissenschaften und Techniken eigenen Methode achten muss. Vorausgesetzt, dass die

methodische Forschung in allen Wissensbereichen in einer wirklich wissenschaftlichen Weise und gemäß den Nomen der Sittlichkeit vorgeht, wird sie niemals in einen echten Konflikt mit dem Glauben kommen, weil die Wirklichkeiten des profanen Bereichs und die des Glaubens in demselben Gott ihren Ursprung haben." (18)

Im Dienst an der Verkündigung muss also die Kirche die Einsichten und Erkenntnisse der Welt in sich aufnehmen und für ihre Wirksamkeit nutzen. In der Beziehung zur Welt sind es innerhalb des Volkes Gottes vorzugsweise die Laien, die an der Erforschung und Deutung der irdischen Wirklichkeiten ihren Anteil haben und von daher in besonderer Weise dazu aufgerufen sind, dieses Wissen in das Zeugnis und die Wirksamkeit der Kirche einzubringen.

Dazu bedarf es jedoch einer eigenständigen Verantwortung der Laien, wie das Konzil als Konsequenz klar herausarbeitet. Damit verabschiedet es sich von dem Versuch, innerkirchliche Laienaktivität nur unter direkter Leitung der geistlichen Autorität zuzulassen und das Handeln der Laien in Staat und Gesellschaft an kirchlich approbierte und als allein gültig angesehene Programme zu binden. Den Traum einer katholischen societas perfecta unter der Autorität der Hierarchie innerhalb der modernen Gesellschaft und gegen diese Gesellschaft, also die Illusion des Integralismus, hat das Konzil damit für irreal erklärt.

Konzil: Dialogisches Modell

Statt dessen wird in Gaudium et Spes ein gleichermaßen dialogisches wie dialektisches Modell der Beziehung zwischen Kirche und Welt vorgestellt, das im Bereich der autonomen irdischen Wirklichkeiten in hohem Maße von den Laien zu gestalten ist. Allerdings sind die Erkenntnis der Welt und ihre Gestaltung mühevoll und widersprüchlich. Daher warnt das Konzil in allem Realismus vor der Illusion einer geschlossenen und harmonischen katholischen Position in Bezug auf die natürlichen und geschichtlichen Wirklichkeiten, sondern verweist ganz ausdrücklich auf die Möglichkeit von Pluralität und Konflikt bei sozialen, politischen und kulturellen Themen. Ja, mehr noch. Es spricht darüber hinaus dem geistlichen Amt ausdrücklich die Kompetenz ab, eine vorgebliche Harmonie per Weisung zu erzwingen. Wie in der freiheitlichen Gesellschaft gibt es hier auch zwischen Katholiken nur einen Weg der Konfliktlösung, und das ist der des Dialogs, für den, allerdings der Wahrheitsanspruch des Glaubens ausdrücklich eingeschärft und jede ethische Unverbindlichkeit abgelehnt wird. Daraus folgt jedoch nicht automatisch eine höhere Einsichtsfähigkeit und übergeordnete Entscheidungskompetenz des kirchlichen Amtes in weltlichen Dingen.

Gaudium et Spes formuliert das so: „Die Laien sind eigentlich, wenn auch nicht ausschließlich, zuständig für die weltlichen Aufgaben und Tätigkeiten. Wenn sie also, sei es als Einzelne, sei es in Gruppen, als Bürger dieser Welt handeln, so sollen sie nicht nur die jedem einzelnem Bereich eigenen Gesetze beobachten, sondern sich zugleich um gutes fachliches Wissen und Können in den einzelnen Sachgebieten bemühen. ... Aufgabe ihres dazu von vornherein richtig geschulten Gewissens ist es, das Gebot Gottes im Leben der profanen Gesellschaft zur Geltung zu bringen. Von den Priestern aber dürfen die Laien Licht und geistliche Kraft erwarten. Sie mögen aber nicht meinen, ihre Seelsorger seien immer in dem Grade kompetent, dass sie in jeder, zuweilen

Bundesvorsitzender Thomas Dörflinger eröffnete den Bundeshauptausschuss am 4. November in Mainz.

auch schweren Frage, die gerade auftaucht, eine konkrete Lösung schon fertig haben können oder die Sendung dazu hätten. Die Laien selbst sollen vielmehr im Licht christlicher Weisheit und unter Berücksichtigung der Lehre des kirchlichen Lehramtes darin ihre eigene Aufgaben wahrnehmen.

Oftmals wird gerade eine christliche Schau der Dinge ihnen eine bestimmte Lösung in einer konkreten Situation nahe legen. Aber andere Christen werden vielleicht, wie es häufiger, und zwar legitim, der Fall ist, bei gleicher Gewissenhaftigkeit in der gleichen Frage zu einem anderen Urteil kommen. Wenn dann die beiderseitigen Lösungen, auch gegen den Willen der Parteien, von vielen anderen sehr leicht als eindeutige Folgerung aus der Botschaft des Evangeliums betrachtet werden, so müsste doch klar bleiben, dass in solchen Fällen niemand das Recht hat, die Autorität der Kirche ausschließlich für sich und seine eigene Meinung in Anspruch zu nehmen. Immer aber sollten sie in einem offenen Dialog sich gegenseitig zur Klärung der Frage zu helfen suchen; dabei sollen sie die gegenseitige Liebe bewahren und vor allem auf das Gemeinwohl bedacht sein."

Es gibt also, um das noch einmal aus aktuellem Anlass eindeutig hervorzuheben, in den Aussagen des Konzils keine Basis für ein paternalistisches Kirchenverständnis, nachdem alles das, was ein Bischof tut, göttliches Recht ist und die Laien sich ihm dienend anzuschließen haben. In der Tat geht nach katholischer Überzeugung das Bischofsamt auf das von Christus gestiftete Apostelamt zurück. Man muss jedoch sehr wenig von der Geschichte der Kirche wissen, daraus einen solchen Absolutheitsanspruch abzuleiten. ...

Gläubige bilden keinen monolithischen Block

Für den deutschen Laienkatholizismus hatten die Aussagen des Konzils in Gaudium et Spes eine zweifache Konsequenz. Einerseits galt es nämlich, sich von jenem Mythos zu verabschieden, nach der die katholische Kirche in der Gesellschaft programmatisch wie praktisch ein monolithischer Block zu sein habe, in dem alle vom Wahlverhalten bis zum Angebot der Pfarrbibliotheken einem einheitlichen Weltbild verpflichtet seien, das sich zwingend, weil von der kirchlichen Autorität beglaubigt, aus dem unveränderlichem Credo und den sich daraus widerspruchsfrei und stets in der gleichen Richtung entwickelnden kirchlichen Lehren ergäbe.

In Deutschland hatte die Wirkung dieses Mythos seine reale Basis in jenen Phasen seiner Geschichte, in denen die katholische Minderheit innerhalb des sich mühsam konstituierenden Nationalstaates um ihre grundsätzliche wie tatsächliche Anerkennung ringen musste und mithin Geschlossenheit eine strategische Notwendigkeit war. Späte-

Blick auf den Tagungsraum in Mainz beim Vortrag des ZdK-Präsidenten.
Fotos: Wullhorst, Wahl, Grünewald

stens mit der Novemberrevolution von 1918 war dieser Prozess zwar objektiv im Wesentlichen abgeschlossen. ...

Die nationalsozialistische Diktatur schuf durch ihr Regime der Unfreiheit und durch ihre antichristliche Politik, insbesondere durch die Unterdrückung jeder eigenständigen Laienaktivität, eine Situation, in der ein möglichst enger Zusammenhalt unter der Verantwortung des kirchlichen Amtes dringend notwendig war.

Freilich beförderte dies, ähnlich wie später das Leben unter der kommunistischen Diktatur, auch genau jene integralistischen Illusionen, die einem realistischen Umgang mit den Chancen und Risiken der freiheitlichen Gesellschaft alles andere als zuträglich sind. Einschränkung und Unterdrückung des Glaubens erfordern Mut und Standfestigkeit und zwingen dazu, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Die Kirche wie der einzelne Christ werden aber zugleich in schlimmer Weise geistig beeinträchtigt und behindert. Darum ist es abwegig, das Leben einer Kirche, die als verschwiegene und gesellschaftlich abstinente Nische überdauern muss, auch für die freiheitliche Gesellschaft zum Ideal zu erheben.

Nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur erlebten sich die Katholiken in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik nach fast einhundertfünfzig Jahren erstmals wieder auf der Seite der politisch wie auch geistig maßgeblichen Kräfte. Allerdings mag das zugleich bei manchen die Illusion der angeblich gottgewollten Homogenität eher noch verstärkt haben.

Selbstbewusste und entscheidungsbereite Christen

Die nachfolgenden Jahrzehnte und die Folgen der deutschen Einheit haben diese Situation grundlegend verändert. Nicht nur auf dem Gebiet der Politik, sondern auch in der Art, wie sich die vom Konzil angemahnte und anerkannte Mitwirkung der Laien bei der Gestaltung des kirchlichen Lebens vollzieht, ist es ganz unvermeidlich zu einer Differenzierung gekommen, die zugleich befruchtend und spannungsvoll ist. Sie ist jedenfalls heute die Normalität einer Kirche, deren Glieder im gesellschaftlichen Leben selbstbewusste und entscheidungsbereite Bürger sind und von denen nicht wenige über ein erhebliches Maß an theologischer Kompetenz verfügen. Das bestimmt jetzt ganz überwiegend die Wirklichkeit des deutschen Katholizismus.

Es gibt jedoch eine lautstarke Minderheit, die darin Verrat und Abfall vom wahren Glauben sieht, die Würzburger Synode in die Nähe der Achtundsechziger rückt und nach einer „straffen Führung“ ruft, die offenbar die Katholische Kirche vor das II. Vatikanum zurückbringen soll. Der selige Blick in die Vergangenheit hindert diese Minderheit allerdings nicht daran, ausgerechnet einen protestantischen Kampfbegriff aus der Zeit des Kulturbegriffs, nämlich den der Papstkirche, wieder aufzugreifen und für sich zu beamspruchen, um so der Mehrheit der Katholiken Mangel an Kirchenverbundenheit und Papsttreue vorzuwerfen.

Allerdings war die Erschütterung des Mythos von der katholischen Geschlossenheit nur eine der beiden Konsequenzen des Konzils. Auf der anderen Seite darf nicht die ermutigende und bestärkende Wirkung übersehen werden, die Gaudium et Spes auf den deutschen Laienkatholizismus hatte und bis heute hat. Denn dieser konnte nun sehr viel stärker an jene Tradition anknüpfen, die mit dem ersten Katholikentag im Revolutionsjahr 1848 begonnen hatte und deren Merkmale ein relativ hohes Maß von Eigenständigkeit, eine starke Mobilisierungskraft und eine große organisatorische Kompetenz, eine wachsende Verbundenheit mit den Grundsätzen einer freiheitlichen Verfassungsordnung und ein erhebliches Engagement für Solidarität und soziale Gerechtigkeit waren.

Das Modell der bischofsgeleiteten „Katholischen Aktion“ war dem deutschen Laienkatholizismus erspart geblieben. So war der deutsche Laienkatholizismus im Ergebnis seiner keineswegs widerspruchsfreien, aber recht erfolgreichen Entwicklung nach 1945 zum Zeitpunkt des II. Vatikanischen Konzils so gut aufgestellt, dass er – im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Laienkatholizismen – dessen Beschlüsse nicht als Delegitimation, sondern als Ermutigung zum neuen Denken und neuen Handeln aufnehmen konnte.

Würzburger Synode erwies Kraft zur Erneuerung

Höhepunkt dieses durchaus eindrucksvollen Lernprozesses war die Würzburger Synode, an deren Zustandekommen und Meinungsbildung der organisierte Laienkatholizismus in Übereinstimmung und im Zusammenwirken mit den Bischöfen einen wesentlichen Anteil hatte. In der Umsetzung der Beschlüsse des II. Vatikanischen Konzils auf die geistige und gesellschaftliche Situation im freien Deutschland erwies die deutsche Kirche ihre Kraft zur Erneuerung. Mutatis mutandis gilt dies auch für die Dresdner Pastoralsynode in der DDR, wenn auch unter von ihr nicht zu verantwortenden, sondern vom äußeren Herrschaftssytem aufgezwungenen sehr viel engeren Rahmenbedingungen.

Wer große Ereignisse der Vergangenheit feiert, der wird diesen nur dann gerecht, wenn er sie in der Gegenwart und für die Gegenwart fruchtbar macht. Wir

stehen in Deutschland wie in Europa vor großen geistigen und gesellschaftlichen Herausforderungen, die wir aus christlicher Verantwortung meistern müssen. Die eindringlichen Worte von Gaudium et Spes wären für uns verloren, wenn wir uns nicht eindringlich fragten, worin die Notwendigkeiten der gegenwärtigen Wirklichkeit bestehen und wie wir in Kenntnis dieser Notwendigkeiten die Gesellschaft im Geiste des christlichen Glaubens und

Was den Sozialstaat heute gefährdet

der katholischen Soziallehre verändern und gestalten können. Sie wissen, dass das Zentralkomitee der deutschen Katholiken und die in ihm zusammengeschlossenen Räte und Organisationen in den letzten Jahren zu drängenden Problemen durchdachte Positionen formuliert und gut begründete Forderungen erhoben hat: Ich nenne hier u.a. die Familienpolitik, der unbedingte Schutz des menschlichen Lebens, die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen und unsere Verantwortung für die eine Welt.

Heute will ich die Erinnerung an das Konzil und die beiden deutschen Synoden dazu nutzen, über die Verantwortung zu sprechen, die wir heute für die geistigen Voraussetzungen von Mitmenschlichkeit und Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft haben. Denn es gibt keine politischen Strategien und keine gesetzgeberischen Projekte, die nicht aus einer bestimmten geistigen und kulturellen Atmosphäre erwachsen.

Wer die Herzen und Hirne von Menschen beeinflussen will, der muss bekanntlich Begriffe prägen. ... Was wir heute in der deutschen Öffentlichkeit beobachten können, das ist eine Umdeutung des Begriffs der Freiheit und eine Abwertung des Begriffs der Gerechtigkeit. Unter Überschriften wie „Politik auf dem Rückzug“ wird die Gemeinwohlverpflichtung des Staates und die Gestaltungsaufgabe der Politik bestritten. Der Sozialstaat, also der Staat, dem es nicht gleichgültig ist, ob es mitmenschlich in der Gesellschaft zugeht, wird beschimpft als „vormundschaftlicher Staat“, als „paternalistischer Staat“, als ein Staat, wo nach den Vorstellungen Platons eine Elite über das Volk herrscht. So wird z. B. die Bundesrepublik wie folgt charakterisiert: „Eine politische Elite glaubt, das für die Gesellschaft Beste zu kennen, und gibt deshalb vor, wie sich die Masse der Unternehmen und Bürger verhalten soll.“

Was sich vielleicht für den einen oder anderen demokratisch anhört, ist in Wahrheit die Absage an Demokratie. Denn der Sozialstaat ist im Ergebnis demokratischer Entscheidungen entstanden und nicht durch Kommando von oben über die Bürgerschaft gekommen. Was also beseitigt oder doch jedenfalls stark beschränkt werden soll, ist die Möglichkeit der Mehrheit, auf dem Wege der Gesetzgebung auf die Gesellschaft Einfluss zu nehmen. Statt dessen beruft man sich auf den Ökonomen Adam Smith, nach dessen Vorstellung es der Markt ist, der über den Wettbewerb mit unsichtbarer Hand die wirtschaftlichen Beziehungen regele und darin nicht zu behindern sei. Es war übrigens genau diese Ideologie, auf die sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts die damalige liberale Regierung Großbritanniens berief, die seelenruhig zusah, als in Irland eine Million Menschen verhungerte.

Geschichtliche Erfahrungen wie diese gelten heute nicht mehr viel. ... So wurden Deregulierung und Privatisierung zu Zauberworten. Eine oft zu hörende Behauptung ist, dass der Sozialstaat den Bürgern die Freiheit raube. Und so fand ich denn auch die pathetische Frage: „Wie viel Entscheidungsfreiraum will die Politik den mehr als achtzig Millionen Bundesbürgern gestatten? Wann ist die Mündigkeit der Konsumenten gefragt, und in welchem Umfang dürfen sie entscheiden, wie viel sie sparen, arbeiten, sich fortbilden, wo sie wohnen und wann sie in den Ruhestand gehen?“ Und wer noch immer nicht gemerkt haben sollte, was hier unter Freiheit verstanden wird, der möge einmal nüchtern darüber nachdenken, was es praktisch heißt, wenn jemand dem Staat vorwirft, er nehme den Bürgern „die Freiheit ... für sich selbst zu sorgen“. In ehrlicheren Zeiten hat man dies die Freiheit genannt, auch auf Parkbänken oder unter Brückenbögen zu übernachten.

Wird in Zukunft also ein kalter Wind wehen, wenn jemand das Wort Freiheit sagt? Ist es die Freiheit des „Siehe du zu“ und „Bin ich denn der Hüter meines Bruders“? Diesen Fragen müssen wir uns stellen und Freiheit einen mitmenschlichen Sinn geben. Freilich, Zorn allein nützt uns nichts. Ich fürchte, zu wenige sind sich darüber im Klaren, dass die geistige Entwicklung in der Bundesrepublik in den vergangenen drei Jahrzehnten den Umschlag im Freiheitsverständnis vorbereitet hat. Im vorherrschenden Denken unserer deutschen Gesellschaft ist jedenfalls Freiheit seit vielen Jahren ganz überwiegend eine Sache der Individualinteressen und der Individualrechte. Nun soll sie offenbar nur noch eine Sache der Individualinteressen sein, deren Durchsetzung sich aus den individuellen Möglichkeiten ergibt. Man ist sich der Freiheitlichkeit der Verfassungsordnung so sicher, dass sie zwar noch als gemeinsam zu schützender Wert, aber kaum noch als gemeinsam zu gestaltender Auftrag wahrgenommen wird. ...

Bundespräses Msgr. Alois Schröder und der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, beim Kolping-Bundeshauptausschuss in Mainz.

Jeder Gang durch unsere Städte und durch unsere öffentlichen Parks und nicht zuletzt der Anblick vieler unserer Schulen zeigt uns, wie verbreitet offensive Rücksichtslosigkeit gegen andere und gegen die Allgemeinheit in unserer Gesellschaft ist. Und noch immer ist die Zahl jener groß, die dies für einen Ausdruck von Freiheit in einer offenen Gesellschaft halten. Diese Herrschaft des Ichs wird durch das Grundgesetz nicht gedeckt. Wer aufmerksam die Artikel 1 bis 19 durchliest, in denen die Grundrechte formuliert und zugleich die Grundlagen des staatlichen Handelns und des gesellschaftlichen Miteinanders niedergelegt worden sind, der begegnet einem ganz anderen Idealbild unserer Ordnung, als einem dies zu oft im heutigen öffentlichen Diskurs entgegentritt. Denn Artikel 1 nennt als erstes Grundrecht die Achtung der Menschenwürde. Sie zu achten ist nicht nur alle staatliche Gewalt verpflichtet (Absatz 1), sondern zu den sich daraus ergebenden Menschenrechten bekennt sich auch das Deutsche Volk „als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“.

Artikel 2 garantiert dann jedem das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Die Freiheit ergibt sich also aus der Achtung der Menschenwürde und hat darin ihr ethisches Fundament. Die Grundrechte dürfen auch

Die Diskussion mit dem Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken moderierte die stellvertretende Bundesvorsitzende des Kolpingwerkes Deutschland, Barbara Breher.

nicht „zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung missbraucht“ werden. ... Allerdings haben führende Richter und Juristen seit vielen Jahren die Grundrechte als Abwehrrechte gegen den Staat gedeutet und damit faktisch zu einer Charta der Individualrechte gegen die Interessen der Allgemeinheit gemacht haben. Wird Freiheit aber nur noch als Recht gegen andere und als ein vom Gemeinwohl bedrohter Freiraum betrachtet, dann geht der Respekt vor der Würde anderer Menschen und vor den gemeinsamen Interessen und Anliegen verloren. Dann gibt es keine Beziehung mehr zwischen der individuellen Freiheit als Freiheitsraum und der allgemeinen Freiheit als gemeinsamer Ordnung. Dann sieht man auch nicht mehr den notwendigen Zusammenhang zwischen Freiheit und Gerechtigkeit.

Denn Gerechtigkeit ist ein Begriff, der sich notwendigerweise auf mehrere Menschen bezieht. Gerechtigkeit hat etwas damit zu tun, ob jeder seinen Anteil bekommt, aber auch damit, ob jeder seinen Anteil zur Gesamtheit beiträgt. Gerechtigkeit fragt nach den Anteilen am gemeinsamen Gut, aber zunächst muss dieses gemeinsame Gut von allen, so gut wie jeder kann, geschaffen werden. Gerechtigkeit ist nicht denkbar ohne ein angemessenes Verhältnis von Rechten und Pflichten. Gerechtigkeit ist also eine zutiefst mitmenschliche, eine gesellschaftliche Beziehung. Weil Freiheit und Gerechtigkeit auf der Achtung vor dem Menschen und seiner Würde basieren, stellen beide eine mitmenschliche Beziehung dar. Dagegen führt der Versuch, die Freiheit nur als Recht des Einzelnen zu praktizieren, zwangsläufig zur Herrschaft des Stärkeren. Es gibt keine Freiheit ohne Gerechtigkeit.

Schimpfwort Sozialstaat

Wie konnte es dazu kommen, dass dies – jedenfalls in der veröffentlichten und damit in der vorherrschenden Meinung – mehr oder weniger offen bestritten wird? Wie konnte es geschehen, dass der Sozialstaat – eine der international bewunderten Errungenschaften der Bundesrepublik und eine wesentliche Voraussetzung für den Sieg der Freiheit im jahrzehntelangen Kampf der Systeme – landauf landab zu einem Schimpfwort und zu einem Gegenstand von Hohn und Spott geworden ist? Wie war es möglich, dass alle Einsichten und Erfahrungen, wie viel entsetzliches Elend und wie viele blutigen Katastrophen durch soziale Ungerechtigkeit schon ausgelöst worden sind, bei nicht wenigen Meinungsbildnern zur Makulatur geworden sind? Auf diese Fragen werden wir nur eine ehrliche Antwort erhalten, wenn wir den Blick kritisch auf eben diesen Sozialstaat richten – so wie er ist und wie er wurde. Denn sonst können wir ihn nicht erneuern.

Erstens ist der gegenwärtige Sozialstaat nicht mehr finanzierbar. Um die offiziell als Schulden ausgewiesenen 1,45 Billionen Euro abzuzahlen, müssten die deutschen Haushalte sechs Jahre lang 6 000 Euro aufbringen. Der durchschnittliche Betrag, den ein deutscher Haushalt an Einkommens- beziehungsweise Lohnsteuer im Jahr 2004 zu zahlen hatte, lag jedoch nur bei 5 100 Euro. Dazu kommen dann noch die Pensionsansprüche und die Ansprüche aus den Solidarsystemen, die bekanntlich ebenfalls ohne öffentliche Mittel immer weniger lebensfähig sind.

Zweitens wird der Sozialstaat zunehmend gefährdet durch den wachsenden globalen Wettbewerb. Die sozialen Sicherungssysteme wurden geschaffen, als die Volkswirtschaften noch in hohem Maße auf den nationalen Rahmen bezogen waren und als in anderen Teilen der Welt, wie jetzt in Südostasien und immer mehr auch in Osteuropa, noch nicht zu sehr viel niedrigeren Kosten konkurrenzfähige Produkte hergestellt wurden.

Drittens war schon in der Art, wie der Sozialstaat rechtlich umgesetzt wurde, die Krise angelegt. Denn bei Licht besehen ist er heute eine gigantische Anhäufung von individuellen Rechtstiteln gegen die Allgemeinheit. Die Frage, ob die Allgemeinheit dies auch leisten könnte, wurde entweder nicht beachtet oder sogar hohnlachend zurück gewiesen. Statt dessen wurden die Kosten immer mehr durch Schuldenaufnahme den kommenden Generationen aufgebürdet. ...

Wer heute im politischen Leben Solidarität einfordert, meint damit meist: Ich unterstütze deine Forderung, und du unterstützt meine Forderung.

Viertens gerieten Staat und Politik durch das individualistische Verständnis von Freiheit in ein immer tieferes Dilemma. Einerseits ist der Staat der wichtigste und häufig der einzige Garant des Gemeinwohls und des Allgemeininteresses. Andererseits ist er als freiheitlicher Verfassungsstaat zur Achtung der Bürgerrechte verpflichtet, ja, er kommt seinen Aufgaben nur dann erfolgreich nach, wenn er der individuellen Leistung Raum gibt und diese unterstützt und fördert. So sind denn ja auch unsere Erwartungen an die Politik verschiedenartig und oft auch widersprüchlich. Über eine lange geschichtliche Wegstrecke der Bundesrepublik wurde dies dennoch nicht zum Konflikt. Denn vielen schien es, man müsse nur möglichst viele individuelle Interessen auf gesetzlichem Wege zu individuellen Rechtstiteln und einklagbaren Ansprüchen machen, sie also gleichsam in die Interessen der Allgemeinheit einfügen und allen wäre gedient. Sagen wir es offen, das Ideal der alten Bundesrepublik war die möglichst risikofreie und gerichtlich abgesicherte Selbstverwirklichung, gepaart mit dem Verdacht, dass jede Erinnerung an das Gemeinwohl freiheitsbedrohend ist. So ist jene unfassbare Verrechtlichung des gesellschaftlichen wie auch weiter Bereiche des privaten Lebens entstanden, die uns oft zur Bewegungsunfähigkeit verdammt und jeden Schritt in politisches Neuland zu einem Himmelfahrtskommando werden lässt.

Lassen Sie mich zwei jüngere Beispiele bundesdeutscher Groteske aus Berlin liefern. Als Autofahrer, die ihre Kfz-Steuern über längere Zeit nicht gezahlt hatten, durch Anlegen von Krallen an der weiteren Benutzung ihrer Fahrzeuge gehindert wurden, schritt der Datenschützer ein: Diese armen Menschen dürften doch nicht öffentlich bloßgestellt werden. Und als jetzt schon zum zweiten Mal einer Justizbeamtin ein Schwerverbrecher beim Besuch der Toilette entkam, wurde die Justizsenatorin gefragt, ob denn nicht besser ein Justizbeamter eingesetzt worden wäre. Ja, antwortete die Senatorin, das habe sie ja auch schon nach dem ersten Mal angeordnet, aber dann habe die Frauenbeauftragte eingewandt, das sei frauendiskriminierend.

Fünftens schließlich, gehen dem bundesdeutschen Sozialstaat immer mehr die Voraussetzungen verloren, ohne die er nicht existieren kann. Denn für ihn gilt nicht minder, was Wolfgang Böckenförde ganz generell für den pluralen Verfassungsstaat festgestellt hat: Er lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht schaffen kann, nämlich von Werten und Haltungen, die in den Menschen selbst leben müssen. Und diese notwendigen geistigen und kulturellen Voraussetzungen des Sozialstaates hat man in den letzten Jahrzehnten in der Bundesrepublik sehenden Auges verludern lassen. Ein Sozialstaat, der keine kulturellen Standards einfordert, kommt unvermeidlich in die Lage, Verwahrlosung zu finanzieren. Wir haben heute eine zweistellige Prozentzahl von Eltern, die Erziehung verweigern.

Wem fallen da nicht die dummen Sprüche von der antiautoritären Erziehung ein oder die lebensfremde Behauptung, jede Erziehung könne nur Begleitung sein, weil sich die Kinder schon selbst verwirklichten. Es gilt als liberal zu akzeptieren, dass sich junge Leute offensiv und provozierend gegen die Gesellschaft stellen. Manche nennen das dann auch noch Jugendkultur. Tatsächlich offenbart sich in den Hinnahme durch die Erwachsenen schamlose Verantwortungslosigkeit. Denn es müsste schon ein Wunder geschehen, wenn diese Jugendlichen noch einmal im normalen Leben Fuß fassen würden.

Toleranz – das am meisten missbrauchte Wort

Überhaupt ist Toleranz wohl das am schlimmsten missbrauchte Wort in der deutschen Gesellschaft. Dass Toleranz eine eigene Überzeugung voraussetzt, die dann Brücken des Miteinanders oder doch jedenfalls Möglichkeiten des Nebeneinanders sucht, ist offenbar zu wenigen bewusst. Was statt dessen in der Gesellschaft weithin als Toleranz praktiziert wird, ist feiger und bequemer Opportunismus, ist die stillschweigende oder gar lobende Hinnahme jeder Art von Provokation gegen überkommende Werte, Ideale und Bindungen. Diese Art sogenannter Toleranz ist geradezu zum Schlüsselbegriff im Verhältnis der Gesellschaft zu sich selbst geworden und hat auch bei der Mehrheit, der ethische Haltungen wichtig ist, zu einer hohen Hemmschwelle beim offenen und uneingeschränkten Eintreten für diese Werte geführt. Das ist nun wiederum eine wesentliche Ursache für den beispiellosen Traditionsbruch zwischen den Generationen, der das kulturelle Weiterleben unserer Gesellschaft bedroht. Der Sozialstaat ist jedoch, wie unsere freiheitliche Demokratie, vor allem eine geistige Leistung. Wer den Sozialstaat erneuern will – und man kann ihn nur durch Erneuerung retten – muss sich nicht zuletzt um dessen geistige Wurzeln mühen.

Eine solche geistige Erneuerung gibt es nicht auf dem Weg zurück ins 19. Jahrhundert, weder in der Kirche, noch in der Gesellschaft. Aber seine Wegweiser bleiben die Grundbegriffe der katholischen Soziallehre. Das ist schon deshalb richtig und notwendig, weil nur Prinzipien eine Chance bieten, auch in einer neuen Wirklichkeit zu Einsichten in deren autonome Notwendigkeiten zu kommen, aus denen heraus ein realistisches Gestaltungsmodell erprobt und entwickelt werden kann. Denn es kann nicht um die Festschreibung und bedingungslose Verteidigung des gegenwärtig existierenden und schon arg bedrohen Sozialstaates gehen. Der konkrete Sozialstaat besteht aus konkreten Normen und Strukturen. Zu deren Wesen gehört es, immer nur zeitlich begrenzt sinnvoll zu sein und gelten zu können. Die katholische Soziallehre bietet dagegen Grundsätze und prinzipielle Erkenntnisse. Ihre konkrete Umsetzung im deutschen Sozialstaat geschah im fruchtbaren Konflikt und bereicherndem Austausch mit anderen geistigen Quellen der Sozialstaates und der sozialen Marktwirtschaft, wie vor allem der reformistischen Sozialdemokratie und dem Ordoliberalismus. Nicht zuletzt war der Sozialstaat ein Resultat praktischer Politik in der freiheitlichen Demokratie mit ihren unvermeidlichen, aber nicht immer wirklich durchdachten Kompromissen. ...

Für unsere Frage, wie wir heute der Verantwortung gerecht werden sollen, die das II. Vatikanische Konzil den katholischen Sozialverbänden gegeben hat, gibt es zwei wichtige Konsequenzen: Erstens: Die soziale und politische Verantwortung lassen wir uns in der Kirche von niemandem abnehmen, auch nicht mit frommen Argumenten. Wir können keine heile katholische Gegenwelt errichten, sondern wir müssen uns in dieser freiheitlichen Gesellschaft trotz aller Konflikte und Enttäuschungen als Christen bewähren, auch wenn man uns als Funktionärs- und Gremienkatholiken beschimpft. Zweitens: In der Gesellschaft kümmern wir uns um die Begriffe, die den Menschen wichtig sind. Freiheit darf nicht gleichbedeutend werden mit Ichsucht und gesellschaftlicher Verantwortungslosigkeit. Deshalb braucht eine freiheitliche Gesellschaft Gerechtigkeit und Solidarität. Es gibt keine Freiheit ohne Gerechtigkeit. Und es gibt keine mitmenschliche Gesellschaft ohne Solidarität. Gewiss ist Solidarität missbrauchbar und bleibt Gerechtigkeit eine immer neue Aufgabe. Weil wir uns dieser Spannung bewusst sind, haben wir den 96. Deutschen Katholikentag in Saarbrücken unter das Leitwort gestellt: „Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht“. Machen wir ihn zu einer Werkstatt des sozialen Katholizismus.

Bundeshauptausschuss: Begeisterung beim Lied „Wir sind Kolping“.

BUNDESSEKRETARIAT

KOLPINGPLATZ 5-11, 50667 KÖLN, TEL. (0221) 20 70 1-0

INTERNET: WWW.KOLPING.DE E-MAIL: INFO@KOLPING.DE

BUNDESSEKRETÄR: VICTOR FEILER (DURCHWAHL -158)

BUNDESPRÄSES: ALOIS SCHRÖDER (-189)

BUNDESGESCHÄFTSFÜHRER: BERNHARD HENNECKE (-133)

REFERATE, ABTEILUNGEN, DIENSTE TEL. (0221) 20 701-

ARBEITSWELT / SOZIALES: JÜRGEN PETERS (-154)

GESELLSCHAFT /GESELLSCHAFTSPOLITIK
(z. Z. VAKANT)

FAMILIE /SENIOREN:
KARL MICHAEL GRIFFIG (-145)

PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT, REDAKTIONEN: MARTIN GRÜNEWALD (-195)

KOLPINGJUGEND: HUBERT WISSING (-169)

ARCHIV/BIBLIOTHEK: FRANZ LÜTTGEN (-141)

MITGLIEDERSERVICE UND VERBANDS-FRAGEN
– MITGLIEDERERFASSUNG (-118)
– MATERIALANGEBOTE (-128)
– BESUCHERDIENST (-143)
– VERSICHERUNGSDIENST: (-148)
OTTO M. JACOBS (-136)

JUGENDGEMEINSCHAFTSDIENSTE:
ANNETTE FUCHS (-111)

REISEBÜRO: MARTIN MUSIOLIK (-109)

EINRICHTUNGEN/RECHTSTRÄGER

KOLPINGPLATZ 5-11, 50667 KÖLN, TEL. (0221) 20 70 1-0

VERBAND DER KOLPINGHÄUSER EV UND ARBEITSGEMEINSCHAFT

DER KOLPING-FAMILIENFERIENSTÄTTEN: GUIDO GRÖNING (-162)

KOLPING-JUGENDBERUFSHILFE: JÜRGEN DÖLLMANN (-142)

GEMEINSCHAFTSSTIFTUNG KOLPINGWERK DEUTSCHLAND (-133)

DIENSTLEISTUNGS-GMBH (PERSONAL, BUCHHALTUNG, EDV)
INGRID HENZ (-134)

GENERALSEKRETARIAT DES INTERNATIONALEN KOLPINGWERKES

KOLPINGPLATZ 5-11, 50667 KÖLN, TEL. (0221) 20 70 1-48

Informationen über das Bundessekretariat in Köln – Teil 4

Seit über hundert Jahren steht das Bundessekretariat des Kolpingwerkes im Dienst an den Mitgliedern, Kolpingsfamilien sowie Bezirks- und Diözesanverbänden. Im Laufe der Zeit hat sich die nebenstehende Arbeitsstruktur entwickelt, die wir in dieser und den nächsten Ausgaben von Idee & Tat weiter vorstellen möchten. Wir setzen die Reihe mit dem Archiv und der Bibliothek fort.

Das Gedächtnis des Verbandes

Archiv und Bibliothek als Dienstleistungsabteilung

„Der Mittelpunkt sämtlicher katholischer Gesellenvereine ist Köln. Beim Kölner Muttervereine befindet sich das Archiv des gesamten Kath. Gesellenvereins, in welchem alle den Verein betreffenden wichtigen Dokumente hinterlegt werden," schrieb Adolph Kolping im Jahre 1864 (Kolping-Schriften, Bd. 5, S. 332).

Die ersten Dokumente, die das Archiv des Kolpingwerkes in Köln aus der Verbandsgeschichte besitzt, stammen aus dem Herbst 1846, sind also 159 Jahre alt. Damals hatte ein junger Lehrer in der Stadt Elberfeld die Idee, aus einer Gruppe von jungen Sängern einen Gesellenverein zu etablieren. Diese Gründung Johann Gregor Breuers war die Keimzelle des heutigen internationalen Kolpingwerkes. Die Gründungszeit des Elberfelder Vereins, dessen zweiter geistlicher Leiter Adolph Kolping wurde, und dann das gesamte Wirken Kolpings von Köln aus, wo er seit 1849 tätig war, ist in vielen originalen Schriftstücken im Archiv gesammelt und einsehbar. Aber nicht nur das: Alle relevanten Texte sind in der mittlerweile auf 16 Bände angewachsenen Reihe der Adolph-Kolping-Schriften nach wissenschaftlichen Kriterien publiziert worden.

Damit sind zwei Hauptarbeitsgebiete der Abteilung genannt: erstens das Sammeln von Dokumenten und zweitens das Publizieren wertvoller Texte, aber auch von historischen Einsichten in Aufsätzen und Büchern.

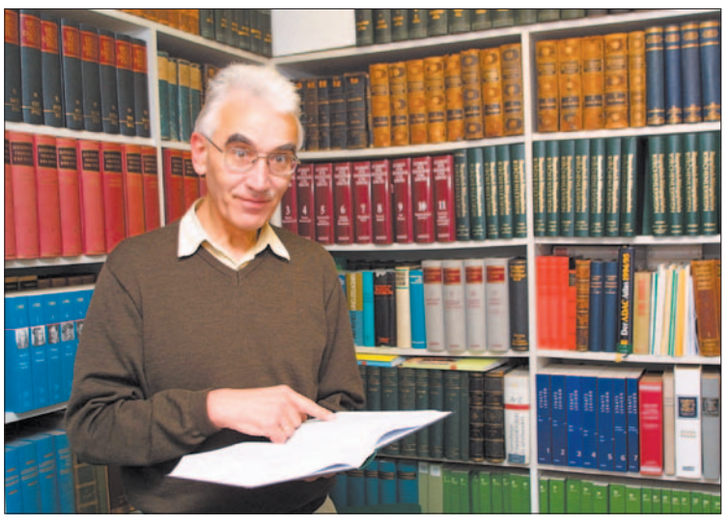
Sammeln von Archivalien

Das Sammeln und Zugänglichmachen von Dokumenten ist die eigentliche Archivarbeit. Das Hauptaugenmerk wurde zunächst auf das Wirken Johann Gregor Breuers und Adolph Kolpings gelegt. Durch fast kriminologisches Suchen wurden eine ganze Reihe von bisher unbekannten Texten Kolpings zusätzlich gefunden. Die Verbandsgeschichte ging aber auch nach Kolpings Tod im Jahre 1865 bis in die Gegenwart hinein unaufhaltsam weiter, und das hat sich in unzähligen Archivalien niedergeschlagen. Der Bombenhagel des Zweiten Weltkrieges hat zwar vieles vernichtet – wie viel, kann man nicht mehr sagen; dennoch: Es ist noch so vieles von früher erhalten, dass man die Verbandsgeschichte unter den unterschiedlichsten Gesichtspunkten daraus ausarbeiten kann. Das gilt nicht zuletzt auch für die Geschichte der einzelnen Kolpingsfamilien vor Ort. Wir besitzen zwar nicht die lokale Korrespondenz oder die Protokollbücher, wohl aber die Vereinsberichte, wie sie in den Verbandszeitschriften veröffentlicht worden sind.

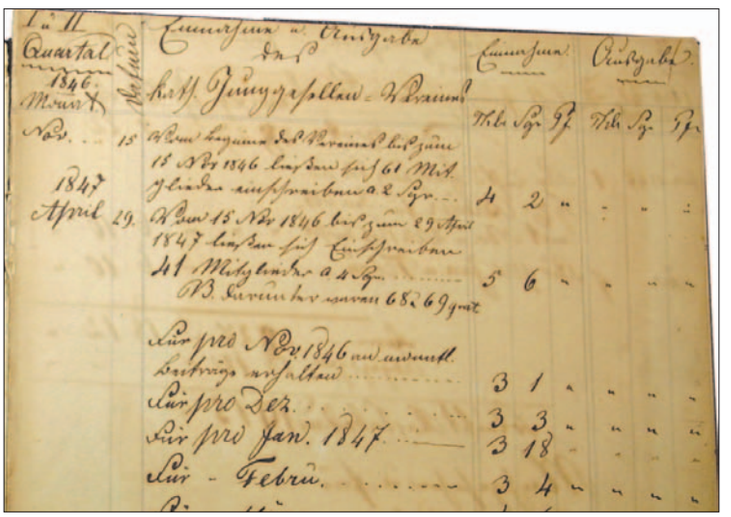
Verbandsbibliothek

Ein besonderer Schwerpunkt ist die Sammlung aller Verbandspublikationen und anderen Schriften über Kolping, d. h. über die Gründungspersönlichkeiten und den Verband. Das sind einmal die Verbandszeitschriften seit Kolpings

Fortsetzung auf Seite 20

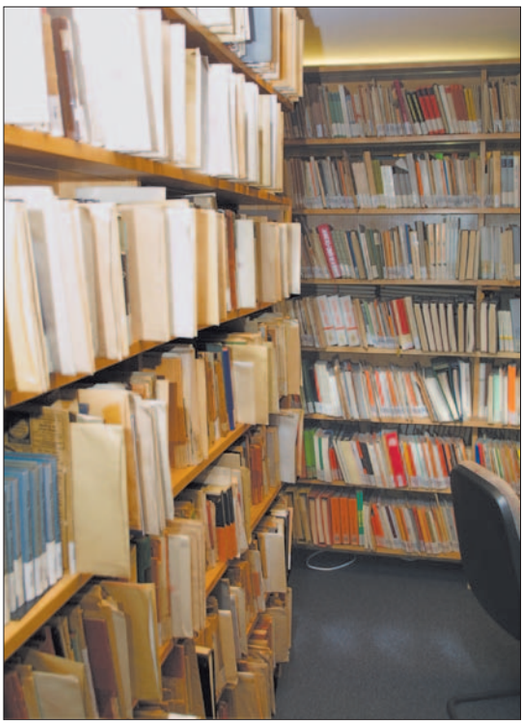


Franz Lüttgen leitet Archiv und Bibliothek des Kolpingwerkes Deutschland in Köln. Er hält außerdem – auf Anfrage – Vorträge zur Person Adolph Kolpings und zur Verbandsgeschichte.



Blick auf das Kassenbuch des ersten Katholischen Gesellenvereins in Elberfeld, dem ältesten Dokument aus dem KGV, das im Kölner Archiv aufbewahrt wird. Fotos: Grünewald

Herbert Weiland gibt Inhalte aus dem Kolpingblatt über Kolpingsfamilien und aus dem Kolpingwerk insgesamt in eine Datenbank ein. Kolpingsfamilien können diese Informationen bei ihm abfragen.



Blick in die Kölner Archivräume. Hier lagert das „Gedächtnis des Kolpingwerkes", darunter zahlreiche Originale und Kopien mit historischer Bedeutung.

Fortsetzung von Seite 19

Zeiten, dann alle Bücher und Broschüren, die jemals über Kolping veröffentlicht worden sind, und zwar auf der ganzen Welt. Alle diese Publikationen mit Einschluss der Vereinsberichte sind nach einem EDV-Programm für Bibliotheken nachgewiesen und können auf Anfrage mitgeteilt werden. Hier besteht aber ein manchmal fühlbarer Mangel: Wir können nicht alle 2 700 Kolpingsfamilien und alle übrigen auf der Welt im Blick haben und wissen oft nicht, dass irgendwo eine Verbandspublikation erscheint. Deshalb die Bitte, an das Archiv unaufgefordert Festschriften und ähnliche Drucksachen zu senden, damit sie hier am zentralen Sammelort für jeden greifbar sind. Herbert Weiland, der in jahrelanger Arbeit unsere Verbandsbibliothek mit über 18 000 Nachweisen aufgebaut hat, ist für jede Zusendung von solchen Publikationen dankbar.

Sicherung der Dokumente und einfacher Zugang

Zur Sicherung unserer Originale und zum praktikablen Handling mit ihnen wird zur Zeit eine Anlage installiert, mit deren Hilfe möglichst alle relevanten Dokumente durch einen Auflichtscanner in ein Bildarchiv verarbeitet und mit Hilfe eines speziellen EDV-Programmes den Interessenten zugänglich gemacht werden sollen.

Handbibliothek

Eine weitere Bibliothek gehört in den Bereich der Abteilung. Es handelt sich um eine Handbibliothek für die Referenten des Hauses. Ein Schwerpunkt dabei sind Bücher und Zeitschriften zur katholisch-sozialen Bewegung.

Bildungskonzept

Die Abteilung arbeitet zur Zeit an einem Bildungskonzept mit, bei dem es um die historischen Grundlagen der Verbandsarbeit geht. Es soll nicht nur wieder ein neues Buch erstellt werden, sondern es geht dabei auch um ein personelles Angebot: Franz Lüttgen ist bereit, vor Ort Vorträge und Kurse über Adolph Kolping und die Verbandsgeschichte zu halten.

Eigene Publikationen

Die Veröffentlichungen, die das Archiv des Kolpingwerkes selbst bewerkstelligt hat, sind einerseits die bisherigen 16 Bände der Adolph-Kolping-Schriften und andererseits die Bücher und Aufsätze, die nach gründlicher Einsicht in die Archivalien geschrieben worden sind. In der Vergangenheit haben u. a. Michael Schmolke und Heinz-Albert Raem aus diesem Fundus ihre Dissertationen sowie Michael Hanke seine „Geschichte des Kolpingwerkes in Deutschland" erarbeitet, und die Veröffentlichungen von Franz Lüttgen über Kolping zählen an die hundert Vorgänge, davon viele Aufsätze in historischen Zeitschriften.

Dienstleistungen des Archivs

Das Archiv ist für jeden Interessenten in der üblichen Arbeitszeit geöffnet. Oft werden darin von Mitgliedern einzelner Kolpingsfamilien, die vor einem Jubiläum stehen, Nachforschungen über die Geschichte ihrer Kolpingsfamilien betrieben. Es gibt aber auch noch viele Themen der Verbandgeschichte, die nie gründlich bearbeitet worden sind, auch aus Kolpings Leben. Wer Lust zu einer solchen Untersuchung verspürt, wird in unserer Abteilung nähere Informationen erhalten.

Kontakt: Archiv des Kolpingwerkes Deutschland, Kolpingplatz 5-11, 50667 Köln, Tel. (0221) 20701-141 (Lüttgen) oder -144 (Weiland). E-Mail: archiv@kolping.de.

Musterbrief für Vorstände an die Mitglieder

Argumente zur Umsetzung des Stiftungsbeitrages

Nicht allen Kolpingsfamilien gelingt es, durch Aktionen oder mit großzügigen Spenden Einzelner den neuen Stiftungsbeitrag aufzubringen. Falls der Vorstand einer Kolpingsfamilie deshalb eine Beitragsanhebung erwägt, empfiehlt sich eine solide Information der Mitglieder.

In regelmäßigen Abständen kommt in Vereinen und Verbänden das Thema Beiträge auf die Tagesordnung, was bei den meisten Mitgliedern wenig Begeisterung hervorruft. Mit dem Beschluss der Bundesversammlung im Oktober 2004 und der dort beschlossenen Einführung eines so genannten Stiftungsbeitrages hat das Kolpingwerk eine zukunftsweisende Lösung geschaffen, die es in den Kolpingsfamilien noch umzusetzen gilt. Aber wie und mit welchen Argumenten können die Mitglieder überzeugt werden? Dazu eine kleine Hilfestellung – ein Musterbrief mit verschiedenen Textbausteinen:

An die Mitglieder der Kolpingsfamilie N.N.

Betr. **Einführung von sog. Stiftungsbeiträgen**

Liebe Kolpingschwester, lieber Kolpingbruder,

heute informieren wir Dich über ein Thema, was auf den ersten Blick sicher nicht Deine Begeisterung hervorrufen wird. Als Teil des Kolpingwerkes müssen wir uns allerdings mit dem Thema beschäftigen und darüber sprechen. Um was geht es?

Die Bundesversammlung des Kolpingwerkes Deutschland hat im Oktober 2004 beschlossen, zum 1. Januar 2006 einen sog. Stiftungsbeitrag einzuführen. Mit diesem „Stiftungsbeitrag“ soll Stiftungskapital aufgebaut werden, aus dessen Erträgen der zukünftige finanzielle Mehrbedarf gedeckt und die satzungsgemäßen Aufgaben des Kolpingwerkes auf Bundes- wie auf Diözesanebene weiterhin auch erfüllt werden können. So wie jede Privatperson versucht auch das Kolpingwerk damit Vorsorge für die Zukunft zu treffen.

Eigentlich wäre nach acht Jahren Beitragsstabilität beim Verbandsbeitrag (das ist der Beitragsteil, den wir nach Köln zur Verbandszentrale abführen) eine Beitragserhöhung fällig gewesen. Auf diese normale Beitragserhöhung hat das Kolpingwerk verzichtet, um den sog. Stiftungsbeitrag einführen zu können.

Bisher war es im Kolpingwerk – wie in allen übrigen Organisationen auch – üblich, in gewissen Abständen die Beiträge zu erhöhen, um den finanziellen Anforderungen gerecht zu werden. Mittlerweile hat aber der Verbandsbeitrag bereits eine Höhe erreicht, die nicht mehr so ohne weiteres steigerungsfähig ist. Hinzu kommt, dass angesichts der demografischen Entwicklung auch mit einem Rückgang der Mitgliederzahlen insgesamt zu rechnen ist. Weniger Mitglieder können aber nicht ständig höhere Beiträge bezahlen, zumal dies auch dem sozialen Charakter des Kolpingwerkes nicht entsprechen würde.

Um die Situation der regelmäßigen Beitragserhöhungen zu beenden, wurde der Vorschlag erarbeitet, keine normale Beitragserhöhung vorzunehmen, sondern den sog. Stiftungsbeitrag einzuführen. Zukünftig will das Kolpingwerk auf weitere Erhöhungen verzichten und den finanziellen Mehrbedarf aus den Stiftungserträgen finanzieren. Damit einher gehen allerdings auch weitreichende Einsparungen im Bundesverband und in den Diözesanverbänden.

Der „Stiftungsbeitrag“ wird für alle Mitglieder ab dem vollendeten 22. Lebensjahr erhoben und beträgt für die einzelnen Mitglieder im Jahr 6 Euro und für Ehepaare 9 Euro.

Wir, die Kolpingsfamilie N.N., können diesen zusätzlichen finanziellen Aufwand nicht – oder nur teilweise – aus unserer Kasse finanzieren, so dass wir den Beitrag ganz – oder teilweise – an Euch, die Mitglieder weitergeben müssen.

Im Rahmen der nächsten Mitgliederversammlung unserer Kolpingsfamilie werden wir über dieses Thema beraten und beschließen müssen.

Mit freundlichen Grüßen und Treu Kolping

Hinweis des Bundespräses

Kolping-Gedenktag: „Hochfest“ im Kolpingwerk
Idee & Tat 3/2005, S. 8

Der 4. Dezember ist seit der Seligsprechung Adolph Kolpings der offizielle Gedenktag zu Ehren unseres Verbandsgründers.

In der liturgischen Feier kommt ein eigenes, entsprechendes Messformular zur Anwendung (Orationen, Schrifttexte etc.).

Sollte die „äußere Feier“ des Gedenktages an einem der Adventsonntage gehalten werden, dann sind **die sonntäglichen Texte und die violette Farbe verpflichtend.** Es liegt also **nicht** „in der Zuständigkeit der vor Ort Verantwortlichen“, welche Texte zur Anwendung kommen.

Ich bitte um Beachtung dieser liturgischen Vorschrift!

Msgr. Alois Schröder,
Bundespräses

Die innerverbandliche Kommunikation stärken

Bundesfachausschüsse laden jährlich zu Austauschtreffen ein – Beschlüsse von Mainz

Die Arbeitsweise und Wirksamkeit der Bundesfachausschüsse wird seit einiger Zeit im Kolpingwerk diskutiert. Der Bundeshauptausschuss hat nun eine neue Regelung beschlossen.

Die Delegierten in Mainz stellten sich hinter das Vorhaben des Bundesvorstandes, die bisherigen **Bundesfachausschüsse** fortzuführen, allerdings mit einigen Änderungen: Um die innerverbandliche Kommunikation im Sinne eines Netzwerkes zu verbessern, lädt jeder Bundesfachausschuss jährlich zu einem Austausch- und Koordinationstreffen ein. Die Diözesan- und Landesverbände benennen dazu ihre Ansprechpartner. Die Mitglieder der Bundesfachausschüsse werden für drei Jahre berufen. Bundeshauptausschuss und Bundesvorstand erteilen die Arbeitsaufträge.

Bundesfachausschüsse:

1. Zukunft der Arbeitswelt
2. Ehe, Familie, Lebenswege
3. Kirche mitgestalten
4. Verantwortung in der Einen Welt
5. Gesellschaft im Wandel

Auf Antrag der Kolpingjugend hat der Bundeshauptausschuss eine Handreichung zur **Bewertung von Unternehmen nach ethischen Leitlinien** als Arbeitsgrundlage für das Kolpingwerk mit seinen Gliederungen und Einrichtungen beschlossen. Alle Gliederungen und Einrichtungen sind dazu aufgerufen, die Leitlinien insbesondere bei ihren wirtschaftlichen Betätigungen heranzuziehen. Die Leitlinien („Kriterien“) wurden bereits in Idee & Tat Nr. 1/05 auf Seite 23 veröffentlicht.

Weitere Beschlüsse: Für die **Gemeinschaftsstiftung** des Kolpingwerkes (Kapitalstock) sollen Anlagerichtlinien erarbeitet werden. Über die Entwicklung der so genannten Mitgliederspenden (für die o. g. Stiftung) soll jährlich berichtet werden. Außerdem gab es kleine Änderungen am **Organisationsstatut** des Kolpingwerkes mit seinen Gliederungen und Einrichtungen sowie an der **Finanzordnung**. Zuvor hatte der Bundeshauptausschuss die **Berichte des Bundesvorstandes** und seiner Fachausschüsse (42 Seiten), den Finanzbericht des Bundesverbandes und den Bericht des **Finanzausschusses** entgegengenommen und diskutiert.

Mit dem Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, führte der Bundeshauptausschuss einen **Studienteil** durch. Das Einführungsreferat dokumentieren wir in dieser Ausgabe auf den Seiten 12 bis 17. Durch eine kurzfristige Verhinderung konnte Kardinal Karl Lehmann, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, ein geplantes Grußwort nicht halten.

M. G.

Beim Bundeshauptausschuss in Mainz gab es am 6. November folgende Wahlen:

Neu im Bundesvorstand:

Gitte Scharlau und Rainer Boeck

Gitte Scharlau ehemalige Diözesanleiterin der Kolpingjugend im DV Münster (1995 bis 1998) und Bundesleiterin der Kolpingjugend von 1998 bis 2003. Sie wohnt heute in Nettersheim (DV Aachen).

Msgr. Rainer Boeck ist Diözesanpräses des Kolpingwerkes im DV München und Freising und zugleich Kolping-Landespräses in Bayern. Außerdem leitet er das diözesane Familienferienwerk und das Erwachsenen-Bildungswerk in Bayern.

Neu im Finanzausschuss:

Barthelmes, Popfinger und Schwindel

Herbert Barthelmes gehörte bereits dem Finanzausschuss an und war bis 2004 dessen Vorsitzender. Der gelernte Bankkaufmann und selbstständige Finanzberater leitet außerdem das Familienferienwerk des DV Augsburg.

Michael Popfinger ist Filialdirektor einer Bank im DV Augsburg. Als Ständiger Diakon ist er zugleich Kolping-Bezirkspräses in Altbayern/Paargau.

Sebastian Schwindel ist Diplom-Kaufmann und arbeitet als Assistent der Geschäftsführung in einer Fachklinik in Essen. Ehrenamtlich gehört er dem Diözesanvorstand und Stiftungsbeirat im DV Würzburg an.

Pressekonferenz im Mainzer Kolpinghaus aus Anlass der Bundestagung mit (v.l.) Martin Grünewald, Victor Feiler, Thomas Dörflinger, Msgr. Alois Schröder und Toni Brunold (Bericht auf S. 2). Foto: Wullhorst

Die Beschlüsse des Bundeshauptausschusses können im Internet unter http://www.kolping.de/news/newsdetail.html?nd_ref=2390 heruntergeladen werden.

Die Zukunft gestalten – aus dem Geist des Konzils

Erklärung aus Anlass der Beendigung des 2. Vatikanischen Konzils vor 40 Jahren

Erinnerung und Auftrag – aus dieser Sicht hat der Bundeshauptausschuss den Abschluss des 2. Vatikanischen Konzils vor 40 Jahren in den Blick genommen und folgende Erklärung beschlossen:

Das Kolpingwerk Deutschland erinnert dankbar an das 2. Vatikanische Konzil, das einen Meilenstein in der Kirchengeschichte bildet und vor 40 Jahren einen Frühling in der katholischen Kirche auslöste. Zu seinen Aufbrüchen zählen Reformen in der Liturgie, in der Mitverantwortung der Laien für die Kirche, in der Ökumene und in der Verantwortung der Kirche für die gesellschaftliche Mitgestaltung. Es war Wegbereiter für die „Gemeinsame Synode der Bistümer der Bundesrepublik Deutschland“ in Würzburg und die Pastoralsynode aller Jurisdiktionsbezirke der Berliner Bischofskonferenz in Dresden vor 30 Jahren. Ohne diese Fundamente wäre das Leitbild des Kolpingwerkes nicht denkbar.

Das Kolpingwerk Deutschland verpflichtet sich als katholischer Sozialverband von neuem, auf der Basis der grundlegenden Konzils- und Synodentexte bewusst und konsequent das verbandliche Leben zu gestalten und an der Gestaltung und Veränderung von Kirche und Gesellschaft mitzuwirken. Einem bewussten oder auch schleichenden Abrücken von wichtigen Konzilsentscheidungen muss wirksam begegnet werden.

Obwohl im Kolpingwerk an vielen Stellen die Inhalte des 2. Vatikanums gelebt werden, sind viele Texte des Konzils Verantwortlichen und Mitgliedern des Verbandes nicht mehr oder nur unzureichend bekannt. Es ist daher notwendig, die für das Kolpingwerk bedeutsamen Konzilsaussagen in der Bildungsarbeit neu ins Bewusstsein zu bringen und auf konkrete Lebens- und Handlungsfelder hin anzuwenden.

Das Konzil hat den Communio-Charakter der Kirche betont. Die Kirche ist von ihrem Wesen und von ihrer Herkunft her eine Gemeinschaft. Neben der hierarchischen Struktur der Kirche müssen auch die synodalen und demokratischen Elemente kirchlicher Mitverantwortung respektiert und verwirklicht werden.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende Ulrich Vollmer bei der Diskussion im Bundeshauptausschuss. Foto: Grünewald

Gerade in der Kirche müssen die Prinzipien der Katholischen Soziallehre voll zur Geltung kommen.

Das Engagement im Kolpingwerk basiert auf dem Prinzip der Verantwortung der Laien in der Kirche. Laien sind nicht Konkurrenten, sondern Partner der Kleriker. Diese Mitverantwortung bezieht sich auf alle Grunddienste der Kirche, nicht nur auf die Diakonie, sondern auch auf den Bereich von Verkündigung und Liturgie. Jede Art von klerikalistischem und einseitig hierarchischem Denken widerspricht der Würde und Verantwortung der Laien, die ihnen aufgrund von Taufe und Firmung verliehen sind. Dialog als Leitwort des Konzils muss wieder mehr zur Grundform des menschlichen und christlichen Miteinanders werden.

Das Kolpingwerk Deutschland ist sich seiner Verantwortung als Teil der Kirche bewusst. Es will seinen Beitrag dazu leisten, dass im eigenen verbandlichen Leben wie auch in Kirche und Gesellschaft die Grundanliegen des 2. Vatikanischen Konzils wieder stärker zur Geltung kommen. Das Kolpingwerk wird nicht nachlassen in dem Bemühen, die Zukunft aus dem Geist des Konzils zu gestalten.

Amt und Verband zusammenführen

BDKJ-Vorsitzender sieht Potential, die Strukturen zu verschlanken

Der Vorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), Knuth Erbe, im Gespräch mit Idee & Tat in seinem Düsseldorfer Büro.

Auf den Versammlungen der Kolpingjugend und des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) wird heiß über den Prozess „Hinter dem Horizont geht es weiter" diskutiert. Idee und Tat sprach mit Knuth Erbe, der Ende des Jahres aus seinem Amt als Bundesvorsitzender ausscheidet, darüber, wie sich die katholische Jugendarbeit in Deutschland entwickelt.

Frage: Worum geht es beim Perspektivprozess?
Antwort: Es geht um die Weiterentwicklung der kirchlichen Jugendarbeit. Das Ziel ist, die kirchliche Jugendarbeit und Jugendverbände, die nach meiner Sicht das Rückgrat der Jugendarbeit sind, so neu auszurichten, dass sie auf die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen reagieren können.
Frage: Was für Herausforderungen sind das denn?
Antwort: Dazu gehört unter anderem, dass die Zahl der Kinder und Jugendlichen weniger wird in unserem Land, dass sich unsere Gesellschaft weiter säkularisiert, also dass der Glaube kaum noch eine Rolle spielt. Aber natürlich auch die finanzielle Situation in vielen Bistümern.
Frage: Warum ist es genau jetzt allerhöchste Zeit für Veränderungen in den Strukturen?
Antwort: Wir erleben, dass es in den Bistümern, aber auch auf Bundesebene, finanziell schwieriger wird. Und das auf zwei Seiten: bei Kirche und Staat. Doch auch kirchliche Jugendarbeit und Jugendverbände brauchen Geld. Für viele ist es ja komisch, wenn wir von Geld reden. Aber auch der Weltjugendtag wäre ohne Geld nicht machbar gewesen. So etwas lebt nicht nur vom Engagement der Ehrenamtlichen. Das ist natürlich sehr wichtig, aber man braucht ebenso eine Basisfinanzierung.
Frage: Was ist also zu tun?
Antwort: Da wir in Deutschland eine starke öffentliche und kirchliche Förderungsstruktur haben, sind wir in gewisser Weise auch abhängiger davon. Also müssen wir überlegen, wie man dafür eintreten kann, dass die Förderung auch erhalten bleibt. Aber gleichzeitig müssen wir uns auch darauf einstellen, dass die Fördermittel weniger werden, und dafür sorgen, dass weder die Qualität darunter leidet noch dass bestimmte Bereiche einfach wegfallen. Ich glaube, dass es zu einer Schwerpunktsetzung kommen muss. Aber ich würde mir nicht wünschen, dass wir nur eine Art von kirchlicher Jugendarbeit machen, die sich nur noch mit ein paar Unentwegten in die Sakristei zurückzieht. Oder dass die Jugendverbände sagen: Wir haben unsere kleinen festen Gruppen, und für die machen wir was. Einen solchen Kurs halte ich für verkehrt.

Der Sparzwang kann auch Kreativität freisetzen

Von daher ist die finanzielle Situation teilweise sehr bedrückend. Es gibt manche Bistümer in denen es haarig aussieht. Manchmal kann ein finanzieller Sparprozess aber auch Kreativität frei setzen, die vorher nicht so da gewesen ist.
Frage: Gibt es dafür ein Beispiel?
Antwort: Ich denke, dass dieser Perspektivprozess dafür ein Beispiel sein kann. Also einfach einmal heranzugehen und zu sagen: Wie kann so etwas auch anders aussehen? Das ist eine Frage, die vorher vielleicht nicht so notwendig war. Aber dadurch hat man sicher auch manche unterschwellige Entwicklung verschlafen.
Frage: Was kann denn der BDKJ zum Beispiel anders machen?
Antwort: Wir müssen feststellen, dass die Integrationskraft von

kirchlicher Jugendarbeit nicht größer, sondern eher kleiner geworden ist. Wir müssen uns daher fragen: Wie kann man neue Gruppen gewinnen? Wie kann man vor Ort oder in den Bistümern auf neue Jugendliche zugehen? Es geht auch darum zu überlegen: Wie können wir auch mit geringeren finanziellen Mitteln trotzdem eine gute kirchliche Jugendarbeit machen?

Frage: Betrifft der Perspektivprozess konkret die Kolpingjugendgruppe vor Ort? Oder ist das nicht eher eine Sache, die auf den Führungsebenen abläuft?

Antwort: Die Diskussion wird sicherlich eher auf Diözesan- und Bundesebene geführt. Ich glaube aber, dass sich das eben langfristig auch auf die kirchliche Jugendarbeit insgesamt auswirken

Rolle der Jugendverbände bei der Glaubensweitergabe

wird. Wir müssen ja feststellen, dass die religiöse, kirchliche Sozialisation, die früher stark über das Elternhaus eingeführt wurde, geringer wird. Und dass wir auch öfter vor Ort, auch in der Kolpingsfamilie XY, damit konfrontiert werden, dass Jugendliche immer weniger wissen über *ihren* christlichen Glauben. Und die Frage, wie man da als Jugendverband darauf reagiert, welche Rolle wir in der Glaubensweitergabe haben, das ist für mich eine der Zukunftsfragen, die eher vor Ort gelöst werden muss als auf der Bundesebene.

Frage: In diesem Perspektivprozess geht es ja auch um Strukturen. Also es wird beispielsweise über eine Öffnung des BDKJ diskutiert.

Antwort: Ja, denn wir erleben in den letzten 30, 40 Jahren eine stärkere Ausfächerung der Anbieter katholischer Jugendarbeit. Wir haben neben den klassischen Jugendverbänden, die es seit mehr als 50 Jahren gibt, jetzt die offene Jugendarbeit, die Klöster haben neue Angebote gemacht, und es sind die neuen geistlichen Gemeinschaften dazu gekommen, mit unterschiedlicher Stärke und Größe. Das heißt, das Feld ist ein bisschen unübersichtlicher geworden. Das muss nicht schlecht sein. Aber die Frage ist, wie man ein gutes Netzwerk hin-

Welche Strukturen passen überhaupt noch?

bekommen kann. Also wie man zu einem guten Zusammenwirken kommen kann; so eines wie es jetzt beim XX. Weltjugendtag gelungen ist. Und der BDKJ ist ein Dachverband. Da wäre eine mögliche Variante, dass dieser Dachverband zu so einem Netzwerk wird.

Das sind genau die Überlegungen, die wir jetzt anstellen müssen: Was brauchen wir überhaupt an Strukturen, wo drücken uns die Strukturen, welche Strukturen passen überhaupt noch? Finden wir noch genug Leute, die Lust haben, in diesen Strukturen mitzuarbeiten?

Frage: Du hast gerade gesagt, die Strukturen müssen verändert werden. Aber die Vorbereitung und Durchführung des WJT hat doch in den alten Strukturen geklappt. Oder siehst du das anders?

Antwort: Der WJT hat gezeigt, dass man ohne eine Form strukturierter Jugendarbeit nicht weit gekommen wäre. Das gilt sowohl für die Regionalstellen kirchlicher Jugendarbeit, als auch für Jugendbildungsstätten. Das heißt: Alle diejenigen, die in den letzen Jahren diese Strukturen als Wasserkopf bezeichnet haben, müssten aus meiner Sicht jetzt eines Besseren belehrt sein.

Aber trotzdem merken wir auch in den Jugendverbänden, dass manche Strukturen nicht mehr mit Ehrenamtlichen gefüllt werden können. Und da müssen wir überlegen: Was ist notwendig, um Beteiligung, Partizipation und demokratische Strukturen sicherzustellen? Und was kann man auch einmal lassen? Aber auch: Was kann man neu machen? Was braucht man an neuen Einrichtungen und Möglichkeiten?

Frage: Welche Alternative im Perspektivprozess würde denn dir am besten gefallen, oder wovon hätten die katholischen Jugendlichen in Deutschland am meisten?

Antwort: Zuerst: Wovon die Jugendlichen ganz unmittelbar etwas haben, das betrachten wir vom Bundesverband eher indirekt. Unsere Frage ist eher: Was nützt erst einmal den Organisationen? Damit die etwas machen können, wovon die Jugendlichen dann etwas haben. Man kann jetzt nicht denken, dass – wenn sich hier im Jugendhaus in Düsseldorf etwas verändert – sich das sofort auf junge Menschen vor Ort auswirkt.

Der Bundesvorstand hat kein Modell, das wir unbedingt wollen. Sondern es ist wichtig, dass wir überhaupt die Frage an uns heranlassen, dass sich etwas bei uns verändern muss. Weil sich etwas im Land verändert. Wenn wir durch die Diözesen reisen, merken wir, dass es die mittlere Ebene, also der BDKJ im Kreis oder in der Stadt, sehr schwer hat. Oder wir erleben gerade in den Ostdiözesen, dass die Situation dort eine ganz andere ist, die im Westen oft gar nicht wahrge-

Denkblockaden müssen aufgelöst werden

nommen wird. So ist die Diskussion schon ein ziemlicher Selbstzweck. Und was da heraus kommt, das müssen wir sehen. Denn wir sind da ja auch nicht alleine auf dem Feld. Das müssen wir zusammen mit den Bischöfen machen, zusammen mit anderen Beteiligten der kirchlichen Jugendhilfe, so dass ich erst einmal froh bin, dass der Diskussionsprozess anfängt und auch manche Denkblockaden aufgelöst werden.

Frage: Wie sieht denn der Perspektivprozess konkret aus? Wie kommt denn nach Diskussionen in allen Diözesen eine abschließende Meinung zustande?

Antwort: Es gibt jetzt eine ganze Reihe von Zwischenschritten: Es wird im Januar einen Studientag

Zunächst werden nur Zwischenergebnisse gesucht

geben für die Leitungen der Mitglieds- und Diözesanverbände im BDKJ. Dann gibt es noch einen außerordentlichen BDKJ-Hauptausschuss, der alles bündelt. Und auf der Hauptversammlung im Mai 2006 soll ein Zwischenergebnis gesucht werden, gerade in der Frage: Wie weit öffnet sich der BDKJ? Denn wir haben bereits in verschiedenen Diözesen unterschiedliche Gruppierungen im BDKJ. Es ist ja nicht so, dass nur die 15 Mitgliedsverbände der Bundesebene überall dabei sind, sondern wir

Die Bundesstelle des BDKJ ist zwar in Düsseldorf, aber Knuth Erbe interessieren alle katholischen Jugendliche in Deutschland.

haben gerade in der Diaspora eine ganze Reihe von kleineren Gruppen, die ebenfalls mitmachen. Zum Beispiel die Schönstatt-Jugend ist in einigen Diözesen mit dabei, so dass es da eh schon ein breiteres Bild gibt. Und dann müssen wir natürlich auch

Auch die Bischöfe denken über die Zukunft nach

erst einmal abwarten, wie die Diskussion innerhalb der Deutschen Bischofskonferenz läuft. Auch die Bischöfe überlegen im Nachgang zum Weltjugendtag, wie es jetzt weitergehen kann. Und das verzahnen wir miteinander gemeinsam in einer Arbeitsgruppe.

Frage: Bei den strukturellen Änderungen geht es ja letztlich auch um finanzielle Ressourcen, die dann eingespart werden könnten. Wo gäbe es denn da Möglichkeiten zu sparen?

Antwort: Ich werde jetzt keine Vorschläge für Einsparungen machen. Ich glaube aber, dass wir an manchen Stellen wirklich überlegen müssen, ob das alles so zwingend notwendig ist, was wir an Strukturen haben. Ich muss dann immer daran denken, was ein französischer Jugendbischof einmal zu mir gesagt hat: Es sei schon recht luxuriös in Deutschland, das teilweise Nebeneinander von Amt und Verband in den Bistümern. Das gilt auch für die Bundesebene mit der bischöflichen Arbeitsstelle für Jugendseelsorge und der Bundesstelle des BDKJ. Da frage ich mich tatsächlich manchmal, ob das alles notwendig ist. Und wegen der Konkurrenzkämpfe, die es da teilweise gibt, frage ich mich auch, ob eine Zusammenführung nicht sinnvoller wäre und man manches verschlankt und trotzdem unterschiedliche Profile von kirchlicher Jugendarbeit behält. Ich sehe auch Potential darin, nicht nur Einsparungsmöglichkeiten.

Frage: Aber es ist ja historisch gewachsen, dass es diese doppelte Struktur gibt. Ist es denn dann überhaupt möglich, die zu vereinen und in Personalunion zu bringen?

Antwort: Das war ja schon mal so. Also es ist ja ein historischer Prozess, dass es nicht mehr so ist. Der BDKJ und die bischöflich verantwortete Jugendarbeit waren in den 1950er und 1960er Jahren sehr eng beieinander, und in den 1970er Jahren hat sich das dann irgendwie getrennt. Aber in manchen Bistümern wurde die Trennung bis heute nicht gänzlich vollzogen – wie ich glaube auch eher zum Vorteil der kirchlichen Jugendarbeit. Die Trennung war damals vielleicht sinnvoll. Heute würde ich an dieser Stelle aber eher ein Fragezeichen setzen, weil ich glaube, dass wir uns in viele Abgrenzungskämpfe hineinbegeben haben, die nicht immer im Interesse der kirchlichen Jugendarbeit und auch der Jugendlichen gewesen sind.

Frage: Wie könnte denn ein konkretes Beispiel für eine Zusammenarbeit aussehen?

Antwort: Das System ist ja oft so ausdifferenziert, dass wir für den verbandlichen Bereich Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben und auch für den amtlichen Bereich noch einmal. Da kann man bestimmt so manche Synergie-Effekte freisetzen, die auch Verbänden helfen würden, zum Beispiel bei der Schülerarbeit und den Schülerverbänden. Es wäre

Jugendverbände müssen zurück in den Mittelpunkt

auch zu überlegen, inwieweit die Kolpingjugend mit dem Bereich der beruflichen Orientierung zusammengefasst werden kann. Ich glaube, dass es den Jugendverbänden gut täte, wenn sie mehr in den Mittelpunkt der kirchlichen Jugendarbeit gerückt würden.

Frage: Das heißt: Sie stehen heute am Rand?

Antwort: Ich glaube, dass die Jugendverbände in den letzten 20 Jahren schon aus diesem Zentrum der kirchlichen Jugendarbeit gerückt sind und sie eher *eine* Möglichkeit unter vielen geworden sind. Wobei das von Diözese zu Diözese unterschiedlich ist. Manchmal entwickelt es sich auch so, dass man nur noch auf sich selbst guckt und sich nicht mehr für das Gesamte der kirchlichen Jugendarbeit verantwortlich fühlt. Da wäre es ganz gut, wenn auf beiden Seiten etwas erkannt wird: Die Bischöfe müssen erkennen, wie wichtig die Jugendverbände sind, und die Jugendverbände müssen ihre Verantwortung für das Ganze erkennen.

Frage: Wie sieht denn die jeweilige Bereitschaft der Bischöfe und Verbände aus?

Antwort: Ich glaube – vor allem in den Wochen nach dem Weltjugendtag – dass viele alte Abgrenzungen mittlerweile überflüssig geworden sind. Also die Bereitschaft wird größer, mit „diesem furchtbar politischen, linken BDKJ“ – so das schöne Bild, das manche zeichnen – mehr anzustellen, sich aufeinander zu besinnen und zu schauen, wen haben wir eigentlich auf dem Spielfeld. Da gibt es auch einen pragmatischeren Zug innerhalb der Bischofskonferenz. Das gilt vielleicht nicht für alle, aber der Mainstream der deutschen Bischöfe weiß schon, was er am BDKJ hat.

Frage: Das heißt der WJT hat geholfen, unterschiedliche Lager an einen Tisch zu bringen?

Antwort: Ja, der Weltjugendtag ist ein Katalysator gewesen ist. Beispielsweise sind in die Vorbereitungen zum WJT fast alle miteinbezogen worden. Die Tage der Begegnung wären ohne Erwachsenenverbände wie Kolping oder ohne kirchliche Einrichtungen wie Bildungshäuser oder ohne Pfarrgemeinderäte nicht zu leisten gewesen. Es hat im Zuge des WJT starke Kooperationen zwischen den bischöflichen Jugendämtern und den BDKJ-Diözesanverbänden gegeben. Es hat manchmal zum ersten Mal Kontakte zwischen den Jugendverbänden und geistlichen Gemeinschaften gegeben, die früher eher nur umeinander geschlichen sind.

Ich glaube, dass der größte Teil der Bischöfe bemerkt hat, dass sie es ohne diese Strukturen und ohne die Verbände deutlich schwerer gehabt hätten, den Weltjugendtag durchzuführen. Und der Weltjugendtag hat das Thema Jugend und Kirche mehr in den Mittelpunkt gerückt. Das ist insgesamt eine gute Basis, um an einer gemeinsamen Zukunft zu arbeiten.

Frage: Eine der möglichen Alternativen, die im Diskussionspapier zur Zukunft des BDKJ aufgeführt sind, ist, dass der BDKJ in einem größerem Dach aufgelöst wird. Das heißt, ihr sägt an eurem eigenen Stuhl?

Antwort: Es sind ja erst einmal nur Überlegungen, um den Leuten deutlich zu machen: Was ist denn überhaupt denkbar? Ob

Den Mut haben, an etwas ganz Neues zu denken

etwas und was dann dabei rauskommt, ist ein 10 oder gar 20 Jahre währendes Projekt.

Die Idee, nach dem Zweiten Weltkrieg den BDKJ zu gründen, war: Wir möchten eine große Sammlungsbewegung der katholischen Jugend haben; es soll einen Bund geben. Das hat sich in den letzten 60 Jahren ziemlich verändert. Aber die Uridee: Wir wollen nicht, dass die verschiedenen Akteure nebeneinander herlaufen und sich möglicherweise auch noch befehden – diese Idee, die hat noch sehr viel Charme. Es wird nicht mehr der alte BDKJ sein, es wird nicht der BDKJ der 1970er/80er Jahre sein, sondern es wäre etwas ganz Neues. Und ich möchte zu dem Mut einladen, darüber nachzudenken und der Phantasie keine Grenzen aufzuerlegen.

Frage: Neben den strukturellen Veränderungen wollt ihr ja auch über eine neue inhaltliche Ausrichtung reden. Warum? Und was für neue Inhalte sind das?

Antwort: Ich erkläre das jetzt einmal stark vereinfacht: Früher wuchs man als katholisches Kind im katholischen Elternhaus auf. Es war klar, dass man sonntags zu Kirche ging. Man ging in den katholischen Kindergarten, dann in die katholische Schule und

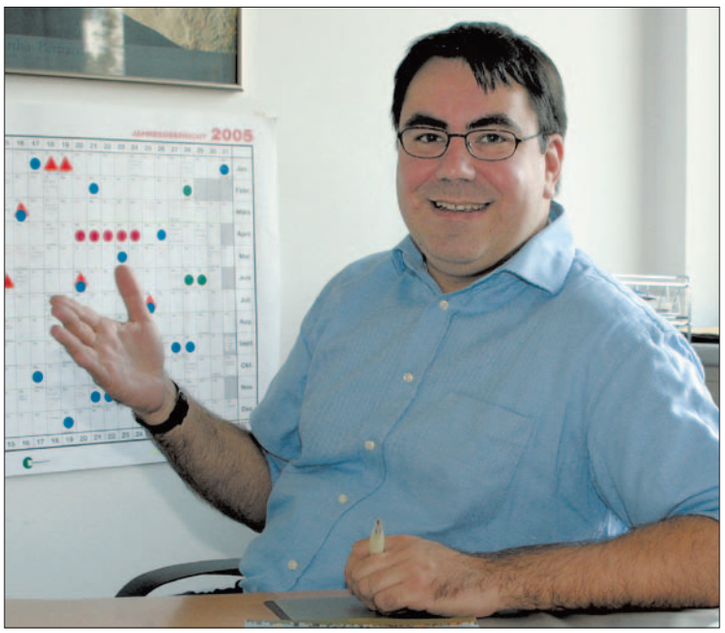
war in einer katholischen Jugendgruppe, heiratete irgendwann katholisch und war dann irgendwann Mitglied bei der KAB oder bei Kolping. Und das ändert sich, weil die Eltern heute vielleicht

Die Säkularisierung ist nicht mit dem WJT aufgehoben

noch sagen: Wir taufen das Kind und schicken es vielleicht auch zur Erstkommunion. Aber ansonsten geschieht nicht mehr viel.
Damit stellt sich die so genannte „Erstverkündigungs-Situation" mittlerweile auch in der Jugendarbeit. Wir haben mehr Leute, die mit relativ wenig Basiswissen über das Christliche in die Verbände hinein gehen oder eben auch nicht hinein gehen. Dieser Situation muss man sich neu stellen. Die Säkularisierung ist nicht mit dem Weltjugendtag aufgehoben: Religiosität – zumindest in der etablierten Form – schwindet auch weiterhin. Was neu ist, und das ist auch ein interessanterer Ansatzpunkt für uns als Jugendverbände: Es gibt eine größere Unbefangenheit gegenüber Religiosität. Da die meisten weder positive noch negative Erfahrungen mit Religion und Kirche haben, kann man sich das genauso unbefangen anschauen wie alle anderen Dinge auch. Und das ist eine Chance.
Frage: Was ist also zu tun?
Antwort: Wir müssen uns noch stärker um die Ausbildung unserer Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen kümmern. Die sind in der Regel in pädagogischen Angelegenheiten ziemlich fit, kennen Rechte und Pflichten des Gruppenleiters, haben oft in der politischen Interessenvertretung etwas drauf. Aber in der Frage der religiösen Vermittlung und Sprachfähigkeit müssen wir noch etwas nachlegen. In der Jugendarbeit reden wir vom „personellen Angebot", also dass man den christlichen Glauben nicht im Wesentlichen lernt, indem man Bücher liest, sondern indem man Menschen kennen lernt, die in ihrem Glauben überzeugend sind. Das können anderen Gruppenmitglieder sein, aber auch der Gruppenleiter oder die Hauptamtliche. Und dass diese Personen fähig sind, auszudrücken, was sie da selber bewegt, das müssen wir stärker einüben, da gibt es einen Nachholbedarf.
Frage: Also wenn die Jugendlichen in der kirchlichen Jugendarbeit an den Glauben herangeführt werden müssen, heißt dass, sie treten vielleicht sogar in einen Jugendverband ein, ohne dass sie besonders religiös sind?
Antwort: Das empfinde ich nicht als Drama. Darin liegt ja auch eine Chance, mit den Leuten zu reden. Aber zu meinen, dass sich das automatisch einstellt, dass ist ein Trugschluss. Man muss darüber auch reden,

„Lockere Gruppen" können neue Zielgruppen sein

was die Motive für die Verbandsinhalte sind. Also wenn man zum Beispiel sagt, wir wollen als Jugendverband solidarisch sein, wollen uns als Kolpingjugend für eine Partnerschaft mit Tansania einsetzen, dann muss man auch sagen können, warum man das überhaupt macht. Denn Solidarität ist ja nicht unbedingt bequem. Um die Motivation für eigene Einschränkungen aus Solidarität zu begründen und da auch einen persönlichen Zugang für die Leute zu finden, dafür scheint mir die religiöse Sprachfähigkeit doch sehr wichtig zu sein.
Frage: Vorhin hast du es schon kurz erwähnt: Ein Ziel des Perspektivprozesses ist es auch, neue Zielgruppen zu erschließen: Was gibt es denn da für Ideen?
Antwort: Ganz allgemein können wir uns vorstellen, auch lockere Gruppen wie Chöre oder Messdiener mit in den BDKJ aufzunehmen. Darüber hinaus orientieren sich kirchliche Jugendarbeit und die Jugendverbände sehr an der deutschen Mittelschicht, also im Wesentlichen an Gymnasiasten. Schon bei den Realschülern wird es weniger, und die Hauptschüler fehlen größten Teils. Wir sind da sehr fixiert. Der Auftrag der Kirche ist es nicht, sich nur um die deutsche Mittelschicht zu kümmern, sondern er ist breiter angelegt. Es geht übrigens auch um jugendliche Migranten, die katholisch sind. Wichtig ist es, jetzt erst einmal in den Blick zunehmen, dass man nicht alle erreicht. Dass man auch weiß: Nicht jeder ist für eine regelmäßige Gruppenstunde geeignet, sondern vielleicht eher für offene Treffs. Dass man auch unsere Leute ausbildet, damit sie mit solchen Situationen, in denen es kulturelle Unterschiede gibt, auch umgehen können. Kurz: dass wir lernen, andere Formen zuzulassen.
Frage: Zum Abschluss unseres Gespräches spielen wir einmal ein bisschen Orakel: Wie sieht der BDKJ in zehn Jahren, also im Jahr 2015, aus und gibt es ihn überhaupt noch unter diesem Namen?
Antwort: Ich glaube, dass in zehn Jahren wesentlich mehr Aufgaben von Ehrenamtlichen wahrgenommen werden müssen. Ich



„Wichtig ist, den Denkprozess erst einmal anzustoßen, und dass allen klar ist, dass sich bei uns etwas verändern muss", findet Knuth Erbe vom BDKJ. **Fotos (3): Schulz**

Wir brauchen ein Netzwerk für die katholische Jugend

glaube, dass die Zahl kirchlicher Jugendarbeit stagnieren wird. Ich hoffe, dass sich die kirchliche Jugendarbeit intern zu mehr Kooperationen entschieden hat. Die Kolpingjugendlichen sollen Kolpingjugendliche bleiben und die Landjugend Landjugend. Aber trotzdem sollen sie auch wahrnehmen, was außerhalb passiert und sich gegenseitig wertschätzen und gemeinsam Dinge machen. Und gemeinsam als katholische Jugend auftreten.
Wir brauchen ein funktionstüchtiges Netzwerk, das alle katholischen Gruppen verbindlich aufeinander verweist. Wie das Ganze dann heißt, ist eine drittrangige Frage. Es geht nicht darum, dass Strukturen ihr Leben verlängern, sondern es geht darum, dass wir auch in Zukunft eine gute kirchliche Jugendarbeit ermöglichen. Und ich glaube, dass wir in der Bildungsarbeit elementarer werden, also Fragen beantworten wie: „Was heißt es heute, als junger Mensch Christ zu sein?" oder „Was heißt es, Gesellschaft mitzugestalten". Ich glaube also, dass wir mehr Basics vermitteln müssen, aber das tut der kirchlichen Jugendarbeit ja auch gut.

Das Interview führte Andrea Schulz

Steinofenpizza und kräftiges Brot

Gemeindebackhaus der Kolpingsfamilie Waldram eingeweiht

Waldram. Lothar Engel backt gerne Brot. Naturbelassen muss es sein und gut schmecken. Im vorigen Jahr hat er seinen eigenen Brotbackofen im Garten errichtet. „Das könnte auch was für die Gemeinde sein“, sagte er sich und regte im Vorstand der Kolpingsfamilie Waldram den Bau eines Backhauses im Ort an. Nur ein Jahr später wurde das Backhaus hinter dem Pfarrheim eingeweiht. Jeden Samstag heizen die Kolpinger den Backofen vor, und wenn die Glut herausgekehrt ist, können die Waldramer ihren Teig abbacken. Wer möchte, kann den Teig der Kolpingsfamilie verwenden. „Wir haben uns extra eine gebrauchte Knetmaschine gekauft“, sagt Engel. „Jetzt fehlt uns nur noch eine Getreidemühle, damit wir auch Vollkornbrot backen können.“ Wie gewünscht hat sich das Backhaus zum beliebten Treffpunkt in Waldram entwickelt. Vor allem junge Familien schätzen das Angebot. Die Kinder erfahren, wie Brot hergestellt wird und können beim Backen helfen. „Im Moment ist Pizza der Hit“, meint Lothar Engel. „So einen kusprigen Pizzaboden können sie in keinem Elektrobackofen backen.“ Das Haus haben die Kolpinger selbst gebaut, ein Ofensetzer hat beim Bau geholfen. Sponsoren haben das Projekt finanziert. *GW*

Das erste Brot aus dem neuen Ofen: Leonhard Hohenadl (links) und Lothar Engel sind stolz auf das Backhaus hinter dem Pfarrheim. Foto: privat

Ideen-börse

Auf den Spuren des heiligen Bonifatius

Radwallfahrten der Kolpingsfamilie Großenlüder

Großenlüder. Zum 13. Mal begab sich die Kolpingsfamilie Großenlüder (DV Fulda) auf eine Radwallfahrt. Damit gedachte sie auf besondere Weise dem 1250. Todestag des heiligen Bonifatius.

In der Zeit vom 27. Mai bis zum 3. Juni radelte eine Gruppe der Kolpingsfamilie vom Fuldaer Dom, in dem sich das Bonifatiusgrab befindet, zur Minoritenkirche in Köln und von dort zum Bonifatiusdenkmal im niederländischen Dokkum. Dort hatte Bonifatius im Jahr 754 den Märtyrertod erlitten. Auf früherern Radwallfahrten sind Mitglieder der Kolpingsfamilie Großenlüder unter anderem nach Kevelar, Altötting, der Wieskirche, Vierzehnheiligen und zur Wallfahrtskirche von Birnau am Bodensee gepilgert.

Die Radwallfahrt ist ein gutes Beispiel dafür, wie Spiritualität und Frömmigkeit, Gemeinschaftserlebnis und Begegnungen mit Kolpingsfamilien in den jeweiligen Wallfahrtsorten im Einklang stehen können.

Sie haben ihr Ziel, das Bonifatiusdenkmal in Dokkum, erreicht.

Sakristeisupermarkt

Kolping-Speisekammer in Wiesbaden-Biebrich

Mitglieder der Kolpingsfamilie Wiesbaden-Biebrich geben Lebensmittel an Bedürftige aus.

Jeden Abend sortieren Lebensmittelgeschäfte Waren aus, die noch genießbar sind. Nahrung wird zu Müll. Andererseits gibt es auch in Deutschland Menschen, die dringend der Unterstützung bedürfen und froh wären, diese Lebensmittel zu bekommen. „Alles, was wir dienstags bei vier Supermärkten und zwei Bäckereien abholen, ist einwandfrei und genießbar“, sagt Anne-Katrin Schulz, die Vorsitzende der Kolpingsfamilie. Die Geschäfte nehmen die Waren aus dem Sortiment, weil das Verfallsdatum bald abläuft, oder Obst und Gemüse am nächsten Tag nicht mehr den Kundenwünschen entsprechen.

Für einen guten Einblick – der neue Kühlschrank mit Glastür.

40 Helfer wechseln sich mit dem Fahrdienst und der Ausgabe ab. Die Gemeinde St. Marien hat ihre alte Sakristei zur Verfügung gestellt, die jetzt Kolping-Speisekammer heißt. „Wir mussten den Raum möglichst kostengünstig einrichten“, sagt Anne-Katrin Schulz. Die Kolpinger kauften Regale und einen neuen Kühlschrank mit Glastür. „Damit wir auf einen Blick sehen, was vorrätig ist. Einen gebrauchten Kühlschrank bekamen die Organisatoren kostenlos. Zehn zusammenklappbare Kisten nutzen die Fahrer für den Transport der Lebensmittel. Zehn flache Kunststoffkisten wurden für die übersichtliche Anordnung im Regal gekauft.

Jeden Dienstag holen zwei Helfer die Lebensmittel ab und befüllen die Regale.

Den guten Kontakt zu den Lebensmittelhändlern hält Anne-Katrin Schulz für enorm wichtig. Man müsse sie von der Notwendigkeit der Aktion überzeugen und habe sie auch zur Eröffnung der Speisekammer eingeladen, um ihre Hilfe zu würdigen, sagt Schulz.

Freigabe vom Veterinäramt

Um auf der sicheren Seite zu sein, hat die Kolpingsfamilie das Veterinäramt von der Öffnung der Speisekammer informiert. Bei der Begehung wurde nichts beanstandet. Die Mitarbeiter tragen bei der Ausgabe Handschuhe; Bio- und Restmüll werden getrennt gesammelt; Ausgabebereich und Lagerhaltung sind voneinander getrennt. Damit auch nur die wirklich Bedürftigen in den Genuss der kostenlosen Nahrungsmittel kommen, verlangen die Helfer beim ersten Besuch einen Nachweis, zum Beispiel eine Bescheinigung vom Sozialamt, oder eine Rentenbescheinigung.

Wer mehr über das Konzept der Kolpingsfamilie Wiesbaden-Biebrich erfahren möchte, kann sich an Anne-Katrin Schulz wenden, Erich-Ollenhauer-Straße. 34f, 65187 Wiesbaden, Tel: (06 11) 810838, E-Mail: anne-katrinschulz@t-online.de. *GW*

Alles auf einem Blatt

Initiative der Kolpingsfamilien in Osnabrück

„Wer nach Osnabrück zieht und hier fremd ist, der soll Kolping schnell finden“, sagt Gerd Holtkotten, leitender Diözesansekretär des DV Osnabrück. „Dieses Ziel unterstützen wir mit unserem Kolping-Flyer.“ In dem Faltblatt sind alle Kolpingsfamilien der Stadt mit Anschrift und Telefonnummer aufgelistet. Die Leser können sich über Adolph Kolping informieren. Aus den Programmen der zehn Kolpingsfamilien werden einzelne Angebote vorgestellt. Zurzeit wird die dritte, aktualisierte Auflage des Faltblattes vorbereitet. Die Informationen liegen zum Beispiel in öffentlichen Gebäuden, Sparkassen, Apotheken und den Kirchen aus. „Damit man Kolping in Osnabrück nicht übersehen kann“, sagt Holtkotten. „Gemeinsam können wir uns in Osnabrück besser positionieren.“

Seit sechs Jahren arbeiten die Kolpingsfamilien der Stadt enger zusammen. Es gibt Treffen, bei denen jede Kolpingsfamilie ihre Arbeit vorstellt, und in diesem Jar gab es den ersten gemeinsamen Geistlichen Tag. *GW*

Das 850-jährige Jubiläum der Pfarrei Ensheim (bei Stuttgart) hat die Kolpingsfamilie Ensheim genutzt, um für ihre Arbeit zu werben. Die Mitglieder boten Bastelbögen zum Basteln von Papierwürfeln (Foto) an und verschenkten Pralinen verziert mit dem Kolping-Logo.

Portrait

Mit Leidenschaft dabei

Kerstin Bockler hat als Landesleiterin der Kolpingjugend Bayern im Oktober das Buch „Sternschnuppen für Gruppenleiter“ herausgegeben. Die Sammlung und Aufbereitung der 58 Ideen für Gruppenstunden war harte Arbeit.

„Es gibt Aktionen, die sind für einen Diözesanverband allein zu groß, oder sollten überregionale Wirkung entfalten“, sagt Kerstin Bockler. „Dann helfen wir als Landesverband.“ Das Sternschnuppenbuch mit Ideen für Gruppenstunden war so eine Aktion. Deshalb hat Kerstin Bockler als ehrenamtliche Landesleiterin die Sternschnuppen zu ihrem Projekt gemacht und fast zwei Jahre leidenschaftlich daran gearbeitet.

Denn wenn Kerstin Bockler etwas wichtig ist, dann macht sie das einfach. Auch wenn sie dadurch sehr viel Freizeit für Kolping abzwackt. So ist sie während ihres Biologiestudiums jeden Freitagmittag eine Stunde lang von München nach Ebersberg gefahren, um dort gemeinsam mit ihrer Schwester Astrid zwei Gruppenstunden hintereinander für Kinder ihrer Kolpingsfamilie zu leiten. In derselben Kolpingsfamilie Ebersberg gab es vorher auch lange Zeit kein Sommerzeltlager oder Freizeiten. Doch Kerstin war aufgrund ihrer eigenen Kindheitserfahrung der Meinung: „Ein Zeltlager, das müssen Kinder erlebt haben, weil sie dort die Natur und Gemeinschaft erfahren.“

Also hat Kerstin Bockler mit 16 Jahren für ihre Gruppenmitglieder und deren Freunde eine fünftägige Ski-Freizeit nach Tirol organisiert. Ein Jahr später, 1995, kam ein Sommerzeltlager dazu. Mittlerweile ist es in Ebersberg wieder eine gute Tradition, im Sommer wie Winter mit den Kindern und Kolpingjugendlichen wegzufahren. Und die Tradition wird auch fortgesetzt, obwohl sich Kerstin vor einigen Jahren schrittweise aus der Leitung zurückgezogen hat.

Viele Traditionen neu begründet

Nachdem sie viele Jahre lang sowohl in ihrer Kolpingsfamilie als auch auf Bezirks- und Diözesanebene aktiv war, wurde Kerstin 1998 für drei Jahre zur Diözesanleiterin (DL) von München und Freising gewählt. Als DL kümmerte sie sich unter anderem um die jedes Jahr im November stattfindende Jugendkorbinianswallfahrt des Erzbistums. 2000 hat sie an einer vollständig neuen Konzeption der größten religiösen Jugendveranstaltung in Süddeutschland mitgearbeitet. Seitdem gibt es dort auch kulturelle Angebote, wie Musik oder Theater am Samstagabend, bevor Erzbischof Kardinal Wetter am Sonntag im Dom einen Gottesdienst mit 5 000 Jugendlichen feiert.

Fünf Jahre lang hat Kerstin die Jugendkorbinianswallfahrt mitorgansisiert. „Irgendwann muss man aber auch die Jüngeren ranlassen und Platz machen“, sagt

Von der ersten Idee (oben: die Ausschreibung für den Wettbewerb) bis hin zum fertig gedruckten Buch (rechts: Bei der Buchparty) hat Kerstin Bockler viele Stunden Freizeit in das Sternschnuppenprojekt investiert.

„Wenn man optimistisch ist und anpackt, dann klappt fast alles. Das hat auch beim Sternschnuppenbuch für Gruppenleiter funktioniert."

Kerstin Bockler

Zeltlagerleiterin Kerstin Bockler (r.) beim Nudeln-Kochen. 1996 organisierte sie zum zweiten Mal für Kinder ihrer Kolpingsfamilie Ebersberg ein Sommerlager am Ammersee. Fotos: privat

Kerstin. „Außerdem muss man aufhören, wenn es noch Spaß macht."

Das war aber nicht der Grund, warum sie 2002 nicht erneut als Diözesanleiterin kandidierte. Kerstin stand vor dem Examen und wollte „keine halben Sachen" machen – weder im Beruf, noch im Ehrenamt. Denn sie nimmt die Gremienarbeit sehr ernst: „Ich versuche immer, gut vorbereitet zu sein, wenn ich zu einer Sitzung gehe, und bringe mich dort auch ein."

Während Kerstin Bockler aber noch an ihrer Diplomarbeit schrieb, wurde sie zur Landesleiterin der bayerischen Kolpingjugend gewählt. „Ich brauchte einfach eine neue Herausforderung. Außerdem ist die Arbeit als Landesleitung nicht so zeitintensiv wie als DL." Damals tingelte sie oft von Kolpingsfamilie zu Kolpingsfamilie in ihrer Diözese und hatte meist von fünf Tagen in der Woche drei Mal einen Termin und von vier Wochenenden im Monat drei verplant.

Ob die wissenschaftliche Mitarbeiterin der Uni-Klinik München damit wirklich einen guten Tausch gemacht hat? Als Landesleiterin organisiert sie Aktionen wie Diözesanleiterschulungen und besucht die Diözesankonferenzen der Kolpingjugend und Sitzungen des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend in Bayern. Zusätzlich ist es ihr wichtig, die Jugendarbeit von Kolping bei den bayerischen Politikern bekannt zu machen: „Viele Landtagsabgeordnete wissen nicht, dass es zwischen Schule und Sportverein noch eine andere Form der außerschulischen Bildung gibt, die auch Werte vermittelt."

Kolpingarbeit bei Politikern bekannt machen

Und dann ist da ja noch ihr Projekt, das Gruppenstundenbuch. Gemeinsam mit der Jugendreferentin des Landesverbandes, Katja Haberl, arbeitete sie seit Anfang 2004 daran. Sie erstellten Projektpläne, suchten Sponsoren für den Wettbewerb und einen Verlag. Sie überlegten sich Kriterien für die Bewertung der eingehenden Vorschläge und organisierten eine Jury. Im April waren dann aus über 90 Einsendungen 58 von der Jury ausgewählt. Nun mussten die ganz verschiedenen Gruppenstunden-Ideen in nur sechs Wochen druckreif umformuliert und vereinheitlicht werden. „Da war Nacht- und Wochenendarbeit angesagt, um aus den teilsweisen Stichwortsammlungen einen Guss zu machen", erzählt Kerstin.

Nacht- und Wochenendschichten

Wie so oft bei Kolping haben viele Hände mitgeholfen damit alles rechtzeitig fertig wurde. Auch Ehemann Martin wurde fest eingeplant. Das ist er schon gewohnt: Die beiden kennen sich seit einem Kolping-Zeltlager, waren gemeinsam in der Diözesanleitung und haben einige Projekte auf den Weg gebracht. Die Organisation ihrer eigenen Hochzeit mit 140 Gästen in diesem Juni sahen die beiden deshalb als „eher stressfreie Herausforderung" an.

Die leidenschaftliche Arbeit für die Gruppenstundenideen hat sich in jedem Fall gelohnt: Anfang Oktober konnte Kerstin stolz das fertige Buch auf einer Sternschnuppenparty den ersten Lesern und den vielen Autoren präsentieren.

Andrea Schulz

Wer sich bis zum 30. November an die bayerischen Diözesanverbände oder den Landesverband wendet, bekommt das Buch für den Herausgeber-Preis von 9,90 Euro. Ansonsten gibt es die „Sternschnuppen für Gruppenleiter" im Buchhandel unter der ISBN: 3-7761-01547-7 für 12,90 Euro.

Vorstände tragen Verantwortung

Schulungsangebote helfen Wissen zu erweitern

Als Vorstandsmitglied übernimmt man in seiner Kolpingsfamilie Rechte und Pflichten. Schulungen und Werkblätter können helfen, die Arbeit zu erleichtern.

Nimmt man die Arbeit in einem Vorstand neu auf, dann sollte man sich auch mit den rechtlichen Grundlagen befassen, die mit der Vorstandstätigkeit verbunden sind. Denn durch die Übernahme eines Amtes übernimmt man auch Verantwortung für den Verein.

Was ist ein Verein?

Dazu gehören Informationen, wie das Rechtsgebilde Verrein eigentlich funktioniert. Nach seiner juristischen Definition ist der Verein ein freiwilliger Zusammenschluss mehrerer Personen auf unbestimmte Zeit. Sie haben das Ziel, einen gemeinsamen Zweck zu verfolgen. Der Verein trägt einen Namen und gibt sich eine Satzung, aus der sich die Rechte und Pflichten der Mitglieder, aber auch des Vorstandes ergeben. Diese Satzung erkennt jedes Mitglied mit seinem Eintritt in den Verein an.

Rechtliche Vetretung

Der Verein wird nach innen und außen durch seinen Vorstand vertreten. Er führt die Geschäfte des Vereins, verwaltet sein Vermögen und setzt die Beschlüsse der Mitgliederversammlung um. Wieviel Personen dem Vorstand angehören, bestimmt die Satzung. Der Vorstand wird in der Mitgliederversammlung gewählt und ist ihr gegenüber informations- und rechenschaftspflichtig.

Zu diesen Informationspflichten gehört die Erstellung eines Haushaltsplanes, in dem die finanzielle Entwicklung des Vereins im folgenden Jahr dargestellt wird. Aus der allgemeinen Rechenschaftspflicht des Vorstandes folgt auch die Verpflichtung zu einer ordnungsgemäßen Buchführung. Zum Ende des Geschäftsjahres muss ein Abschlussbericht über den Finanzstatus des Vereins vorgelegt werden. Dieser ist von gewählten Kassenprüfern zu kontrollieren und dann der Versammlung der Mitglieder vorzulegen. Diese entscheiden dann, ob dem Vorstand für sein Handeln im abgelaufenen Geschäftsjahr Entlastung erteilt werden kann.

Die Buchführung wird in einem kleineren Verein, in dem nicht zu viele Geschäftsvorfälle anliegen, dem Kassierer übertragen sein. Bei größeren Vereinen kann es geschehen, dass der Vorstand die Buchführung einem Dritten, zum Beispiel einem Steuerberater überträgt. Der Vorstand bleibt allerdings auch in einem solchen Fall dafür verantwortlich, die Buchführung zu überwachen.

Geschäftsführung

Bei einem mehrköpfigen Vorstand obliegt die Geschäftsführung grundsätzlich allen Vorstandsmitgliedern gemeinsam. Soweit die Satzung vorsieht, dass

unterschiedliche Vorstandsmitglieder mit verschiedenen Verantwortungsbereichen versehen sind, ändert das nichts an der Gesamtverantwortung jedes Vorstandsmitgliedes. Wichtig ist daher die gegenseitige Überprüfung der Arbeit und die Information der anderen Vorstände. Dies geschieht in monatlich abzuhaltenden Vorstandssitzungen. Hier sollten die wichtigsten Geschäftsvorfälle beraten und entschieden werden. Um die Finanzsituation stets für alle Beteiligten transparent zu halten, empfiehlt es sich, in jeder Vorstandssitzung einen Bericht über den Stand der Finanzen geben. So ist der Vorstand in der Lage, alle Entwicklungen ständig im Blick zu halten und auch bei Problemen rechtzeitig gegenzusteuern.

Pflichten nach Außen

Auch außerhalb der Vereinsstrukturen gibt es für den Vorstand Verpflichtungen, die einzuhalten sind. Dies gilt besonders gegenüber Behörden wie dem Finanzamt. Hier gibt es, je nach Umfang der Tätigkeit eines Vereines, weitergehende Aufzeichnungs- und Buchführungspflichten, die Pflicht zur Abgabe von Steuererklärungen (soweit dies durch die geschäftliche Tätigkeit erforderlich ist), Auskunftspflichten gegenüber den Finanzbehörden, sowie die Pflicht zur Zahlung von Steuern aus den vorhanden Mitteln.

Mit diesen Pflichten muss ein Vorstand sich vertraut machen, wenn er ein Amt übernimmt. In der Gesamtverantwortung des Vorstandes liegende Pflichten müssen auch dann in den Blick genommen werden, wenn sie in einem bestimmten Ressort (z.B. Kassierer) verwaltet werden.

Verkehrssicherungspflicht

Eine weitere Verantwortung trägt der Vorstand für die Veranstaltungen, die er durchführt. Hier obliegt ihm die so genannte Verkehrssicherungspflicht. Die Vorschrift des § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) schützt Besucher der Veranstaltungen vor der Verletzung ihres Lebens, Körpers oder ihres Eigentums. Sowohl vorsätzlich als auch fahrlässig kann hier ein Schaden verursacht werden. Zu den Verkehrssicherungspflichten gehören die Absicherung von Zugangswegen zu Veranstaltungen und die Beseitigung von vorhandenen Gefahrenquellen. Das gilt im Winter für Eis und Schnee, im Herbst für glitschiges Laub. Achten muss ein Vorstand bei der Planung seiner Veranstaltungen auch darauf, dass durch umherliegende Kabel niemand zu Schaden kommt.

Versicherungsschutz

Wegen der dargestellten Haftungsrisiken ist es für jeden Verein empfehlenswert, eine Vereinshaftpflichtversicherung abzuschließen. Damit werden der Verein und regelmäßig auch seine Vorstandsmitglieder abgesichert. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit bei keiner Gesellschaft versicherbar sind. Für die Kolpingfamilie, Bezirks-, Regional- und Diözesanverbände besteht beim Kolpingwerk Deutschland eine Gruppenhaftpflichtversicherung. Informationen zum genauen Umfang der Versicherung und zu den Deckungstatbeständen erhält jedes Vorstandsmitglied beim Kolping-Versicherungsdienst. Die Gruppenhaftpflichtversicherung wird aus dem Verbandsbeitrag finanziert.

Vorstandsschulungen

Wer eine Tätigkeit in einem Vorstand übernimmt, sollte also wissen, welche Rechte und Pflichten mit dem erworbenen Amt verbunden sind. In verschiedenen Diözesanverbänden gibt es spezielle Vorstandsschulungen, in denen Vorstände von Kolpingsfamilien oder solche, die es werden wollen, für ihre Aufgabe fit gemacht werden. Solche Schulungen vermitteln das Wissen um die Rechte und Pflichten, die mit der Tätigkeit als Vorsitzender eines Vereines, oder als Mitglied eines Vorstandes verbunden sind. Ist man dann so richtig fit im Ehrenamt, kann man mit Freude an seine Aufgabe gehen, denn Vorstandsarbeit in der Kolpingsfamilie macht in erster Linie richtig viel Spaß.

Heinrich Wullhorst

Tipp

Bei Fragen zur Haftung und rund um die Versicherung von Haftungsrisiken gibt der **Kolping-Versicherungsdienst** Auskunft. Peter Regnery ist zu erreichen unter der Telefonnummer (02 21) 20 70 1-148.

Der Kolping-Bundesverband hat eine Arbeitshilfe zum Vereinsrecht entwickelt, die als Werkblatt 4 im Internet heruntergeladen werden kann: http://www.kolping.de/tabledata/upload/29268_werkblatt_4.pdf

Wir können nicht schweigen

Es gibt Zeiten, da müssen wir schweigen. Es gibt Zeiten, da müssen wir reden. Je nach Situation ist es klug oder auch notwendig, dass eine zu tun und das andere zu lassen. „Reden ist Silber. Schweigen ist Gold," sagt ein Sprichwort. Das mag stimmen, aber nicht in jedem Fall. Es gibt Zeiten, da müssen wir reden, weil das Schweigen negative Folgen hätte. Und nicht immer bedeutet das Schweigen auch Zustimmung.

Wer kennt sie nicht, solche Situationen, in denen wir aus Feigheit oder Bequemlichkeit geschwiegen haben. Die Folge war, dass die Wahrheit auf der Strecke blieb; dass Lügen und Halbwahrheiten die Runde machten; dass eine Aussage, ein Urteil über einen Menschen einseitig und unsachlich war und, weil unwidersprochen, zur Rufschädigung führte; dass Regeln des Anstands und der Moral, des fairen und gepflegten Umgangs verletzt wurden, ohne dass jemand dagegen die Stimme erhob; dass Wahrheiten und Werte unserer religiösen Überzeugung lächerlich gemacht oder in den Schmutz gezogen wurden und wir dabei von Toleranz und Meinungsfreiheit sprachen. Als Christen sind wir auf das Glaubens- und Lebensbeispiel Jesu verwiesen. Er war ein Zeuge der Wahrheit bis in die letzte Konsequenz. „Ich bin dazu geboren und dazu in die Welt gekommen, dass ich für die Wahrheit Zeugnis ablege" (Joh 18, 37). Das war seine Bestimmung und zugleich sein Schicksal. Weil er Liebe und Barmherzigkeit lehrte und lebte, weil er sich für den Schutz und die Würde gerade auch der Entrechteten und Schwachen, der „Armen" in verschiedenster Hinsicht einsetzte, musste er leiden und schließlich sterben. Wenn es um die Ehre seines Vaters und das Heil der Menschen ging, konnte Jesus nicht schweigen. Er musste reden und sich oftmals mehr als nur den Mund verbrennen. Wie ein Vermächtnis überkommt uns das Wort Jesu: „Wenn sie schweigen, werden die Steine schreien" (Lk 19, 40). Das war seine Antwort auf die Aufforderung der Pharisäer, er solle seine Jünger zum Schweigen bringen, weil sie ihm beim Einzug in Jerusalem freudig und mit lauter Stimme zujubelten.

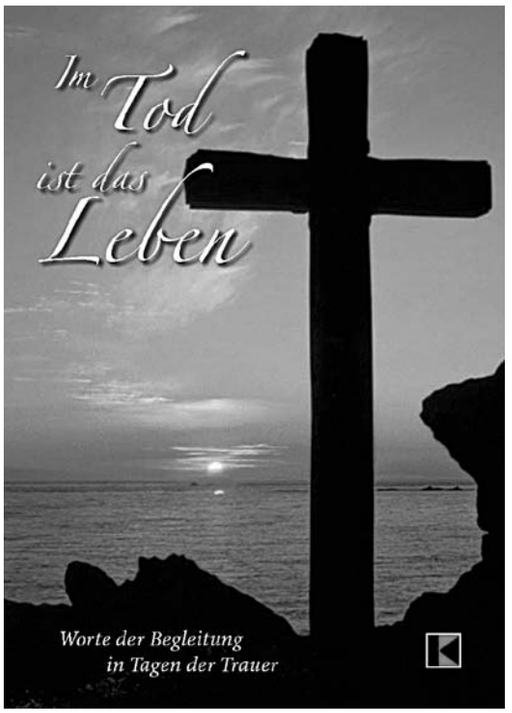
Nein, sie schwiegen nicht, die Jünger damals. Auch jene nicht, die sich später wegen einer guten Tat, eines Wunders an einem Kranken vor dem Hohen Rat zu verantworten hatten, nämlich Petrus und Johannes. Sie bekannten freimütig, dass jener Mann im Namen Jesu Christi geheilt wurde. Man wollte ihnen unter Strafe verbieten, weiterhin von dem gekreuzigten und auferstandenen Herrn zu predigen und zu lehren. Denn: „Wir können unmöglich schweigen über das, was wir gesehen und gehört haben" (Apg 4,20). Wie viele Zeugen des Glaubens haben es dem Petrus und dem Johannes nachgemacht? Als Blutzeugen sind sie ihres Glaubens und ihrer Überzeugung wegen in den Tod gegangen. Wir verehren sie als Märtyrer, die der Stimme Gottes, ihrem Gewissen gefolgt sind, sei es in den Zeiten der römischen Christenverfolgungen oder auch in den Unrechtregimen der jüngsten Vergangenheit bis heute.

Christen, Menschen des neuen Weges haben Mut, gegen die Verletzung der Würde und Rechte des Menschen aufzustehen; für den Schutz des menschlichen Lebens von Anfang bis Ende einzutreten; die Stimme zu erheben, wo immer religiöse und moralische Werte, christliche Ideale und Anliegen gefährdet oder zerstört werden. Sie setzen sich dem Spott und der Ablehnung durch andere aus, weil sie sich einsetzen für das, was Gott und uns Menschen hoch und heilig ist. Ja, sie nehmen Nachteile und Anfeindungen in Kauf, weil sie nicht schweigen können! Gehören auch wir zu diesen mutigen Zeugen für Wahrheit und Recht, für Liebe und Frieden? Adolph Kolping war einer, der zur rechten Zeit das Wort ergriff, sei es gelegen oder ungelegen. „Wer Mut zeigt, macht Mut", war seine Devise. Wie oft hat sich ein solches Wort in unserem Leben schon bewahrheitet! Es sollte sich auch zukünftig bewähren!

Msgr. Alois Schröder
Bundespräses

Menschen des neuen Weges

Bücher und Hefte von Bundespräses Alois Schröder



Wenn ein Mensch stirbt, der uns lieb und wertvoll war, verlieren wir ein Stück unseres eigenen Lebens. Die Herzen sind mit Trauer und Schmerz erfüllt. Die Hinterbliebenen spüren eine innere und äußere Leere. Dann fehlen ihnen häufig die rechten Worte, um ihre Trauer zum Ausdruck zu bringen.

Mit dem Heft „Im Tod ist das Leben – Worte der Begleitung in Tagen der Trauer“ will Alois Schröder helfen, Schweigen und Sprachlosigkeit angesichts des Todes zu überwinden. Die Gedanken und Texte sollen Trost spenden und neue Hoffnung begründen. Die Broschüre kann eine wertvolle Hilfe sein, wenn es gilt, Menschen zu kondolieren, die über den Tod eines geliebten Menschen trauern. Der Bundespräses zitiert unter anderem Adolph Kolping mit den Worten: „Mir kommt das Sterben immer leichter vor, wenn ich ans Wiedersehen so vieler denke, die mir nun vorangegangen sind und die im Leben meinem Herzen nahegestanden“.

Das 20-seitige Heft ist Mitte November frisch erschienen und kostet unter der **Art.-Nr. 8780 einzeln 1,95 Euro.** Ab 10 Exemplaren verringert sich der Preis pro Heft auf 1,90 Euro, ab 25 Stück auf 1,80 Euro und ab 50 Stück auf 1,70 Euro.

Diese Texte von Alois Schröder zu Advent und Weihnachten sind der literarische Versuch, eine wichtige Zeit des Jahres aus der Sicht des Glaubens zu verstehen und zu gestalten. „Alle Jahre wieder...“ lädt dazu ein, ein wenig der vorweihnachtlichen Unruhe und Hektik zu entfliehen und auf besinnliche Weise dem eigentlichen Sinn und Charakter des Geburtsfestes unseres Herrn wieder neu auf die Spur zu kommen. Die Kernbotschaft von der Menschwerdung Jesu soll helfen, selbst immer mehr Mensch zu werden.

120 Seiten im Format 11,5 x 19,5 cm. **Art.-Nr. 4511, Preis 7,60 Euro.**

Das Heft „Zum Jubiläum herzlichen Glückwunsch“ richtet sich an alle, die im Laufe ihrer Mitgliedschaft ein besonderes Jubiläum feiern können. Es ist für Vorstände eine gute Hilfe, in gebührender Weise zu gratulieren.

15 x 21 cm, 18 Seiten, **Art.-Nr. 8775, Preis: 1,95 Euro.** Ab 10 Exemplaren verringert sich der Einzelpreis auf 1,90 Euro, ab 25 Stück auf 1,80 Euro und ab 50 Stück auf 1,70 Euro.

Im Band „Zwischenrufe 4“ stellt Bundespräses Alois Schröder die Frage nach Gott vor allem in ihrer Bedeutung für unser Leben und die Dinge des Alltags. Die Texte wollen Gott als weltnahen und menschenfreundlichen Gott vermitteln. Sie verweisen auf Spuren, in denen sich Gott verspüren lässt.

11,5 x 18,5 cm, 128 Seiten, **Art.-Nr. 4504, Preis: 6,60 Euro**

Bestelladresse:

Materialabteilung des Kolpingwerkes Deutschland, Kolpingplatz 5-11, 50667 Köln, Tel. (0221) 20701-130/ -128, Fax -38. Bestellungen sind auch im Internet-Kolping-Shop unter www.kolping.de möglich. Die Versandkostenpauschale beträgt innerhalb Deutschlands 4,60 Euro. Ab 150 Euro erfolgt die Lieferung versandkostenfrei.

Idee & Tat

Impressum:

Herausgeber: Deutsche Kolpingsfamilie e.V., Kolpingplatz 5-11, 50667 Köln.

Verantwortlich: Victor Feiler, Martin Grünewald.

Redaktion: Idee & Tat, Kolpingplatz 5-11, 50667 Köln
E-Mail: ideeundtat@kolping.de
Tel. (0221) 20701 -195,
Fax (0221) 20701 -186.

Andrea Schulz (-177), Georg Wahl (-196), Heinrich Wullhorst (-241)

Vertrieb: Otto M. Jacobs (-136), Anschrift s. Redaktion
E-Mail: mitglied@kolping.de

Anzeigenverwaltung:
Joh. Heider Verlag GmbH, Paffrather Straße 102-116, 51465 Bergisch Gladbach
Anzeigenabteilung: Susanne Krausewitz, Renate Arenz, Tel. (0 22 02) 95 40-35, Fax (0 22 02) 2 15 31. E-Mail: kolpingblatt@heider-verlag.de
Erscheinungsweise: vierteljährlich.
Bezugspreis: 0,80 Euro pro Heft.
Druck: Heider Druck GmbH, Bergisch Gladbach.

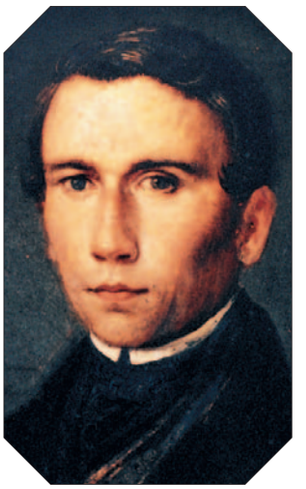
Die Redaktion bittet um Vorschläge, Anregungen, Kritik und Zusendung von Erfahrungsberichten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

KOLPING

Adolph Kolping auf der Spur

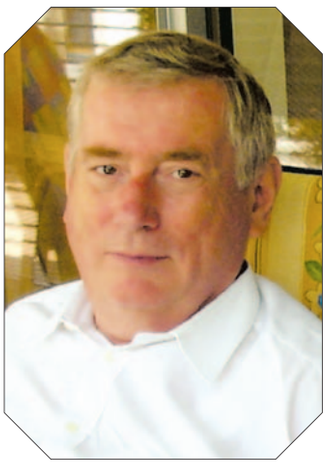
Kolpingzitate für Menschen von heute



Wer sich Gedanken über die Grundlagen für sein tägliches Handeln macht, der findet vieles, was im Menschen gründet, ohne dass er es erfunden hat. Jeder will selbst akzeptiert, anerkannt, geliebt werden. Uralte Weisheit liegt in dem Wort, das auch Jesus sagt: „Alles, was ihr von anderen erwartet, das tut auch für sie!“ Diese „goldene Regel“ wird noch viel tiefer begründet, wenn wir begreifen, dass Gott uns das Leben geschenkt hat, weil er uns liebt. Die Ehrfurcht vor dem anderen Menschen – und zwar nicht als eine Idee, die zweckmäßig ist und das Zusammenleben friedlicher macht, sondern als eine Reaktion auf die Worte Jesu – ist eine der größten Veränderungen, die er in die Welt gebracht hat. Wir verdanken unser Leben weit über biologische Zeugungszusammenhänge hinaus dem, der uns will. Weil wir leben, sollen auch andere Menschen leben können. Deshalb spricht er uns an und lädt uns ein, an ihn zu glauben und mit den anderen Menschen den Weg zu gestalten, der uns eine weitere Steigerung verheißt: die volle Gemeinschaft mit Gott, die wir jetzt gar nicht richtig beschreiben können, sondern nur mit unseren Erfahrungen vergleichen, wie „in einem Spiegel“, wie Paulus sagt.

Vielen Menschen ist diese Einladung nicht mehr plausibel. Man kann sie nicht beweisen. Die Versuchung ist groß, nur das zu tun, was wir Menschen unmittelbar sehen und beweisen können. Die Religion scheint nicht zu helfen.

Wohin führt es, wenn man sich solchen Überlegungen preisgibt? Sind die praktischen Lösungen nicht konsequenter, kostengünstiger, vielleicht sogar menschlicher?



Hellmut Puschmann, Diözesanpräses im DV Dresden-Meißen.

Wir hören diese Argumentationen häufig, zum Beispiel wenn es um das Leben des Menschen vor seiner Geburt geht. Ist behinderten Menschen ein Leben zumutbar? Können Kinder glücklich werden, die von ihren Eltern nicht angenommen werden? Neuerdings kommen solche Diskussionen auch dann auf, wenn alte, schwerkranke Menschen müde sind und sich nach dem Tode sehnen. Sollte man ihnen nicht helfen, dass sie ihren Schmerzen ein Ende machen?

Viele solche Deutungen und Argumentationen werden heute unter scheinbar christlichen Vorzeichen vorgenommen. Die ganz zentrale Botschaft Jesu von uns Menschen als geliebte Partner Gottes wird zugedeckt. Die Lebensperspektive des Glaubens, dass wir nämlich in den ganz wesentlichen Dingen nicht die Initiatoren sind, sondern diejenigen, die antworten, die etwas aus dem machen, was Gott uns schenkt, weil wir an ihn glauben, ist ungeheuer kostbar.

Bleiben wir nachdenklich, lassen wir uns nicht zu einer verheerenden Selbstherrlichkeit hinreißen! Es gibt mehr und mehr Beispiele, die uns zeigen, wohin es führt, wenn wir Menschen uns gebärden, als hätten wir alles in der Hand! Was heute so eindeutig erscheint, wird morgen zur Katastrophe. Ob es der Umgang mit der Natur ist, ob die respektlose Missachtung von Kindern, die sexuell, als Arbeitssklaven oder als Kindersoldaten ausgebeutet werden oder die Ungerechtigkeit in der Verteilung der materiellen Ressourcen – Adolph Kolping hatte recht , als er 1860 mit seinem Wort deutlich machte, was alles an zerstörerischen Folgen entsteht, wenn das religiös orientierte Gewissen nicht mehr die Maßstäbe gibt für unser Tun.

Der Maßstab für das, was recht ist, hat sehr viel mit dem Glauben, mit Religion, zu tun. Treten wir so auf, dass deutlich wird, woher wir unsere Grundlagen beziehen!

Hellmut Puschmann